

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnements: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

Die Insektions-Gesetze
 betragt für die sechsgealtene Kotton-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungen 20 Pf.
 „kleine Insektion“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Insektion für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 4. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Industrieller Zollkrieg.

II.

Zu einer Verbeibaltung der jetzigen hohen Garnzölle oder gar, wie der neue Tarifentwurf fordert, einer weiteren Steigerung über Nr. 79 hinaus und einer beträchtlichen Zollserhöhung für bessere Garnsorten, die bis zu 15 Proz. der durchschnittlichen Garnpreise steigt, liegt unsweniger eine Notwendigkeit vor, als keineswegs die deutsche Baumwollspinnerei unter ungünstigeren Bedingungen produziert als ihre hauptsächlichsten Konkurrenten, England und die Schweiz. Sind in England die Maschinenpreise niedriger, so stellen sich andererseits die baulichen Anlagen meist bedeutend höher. Und stehen dort die Rohlen durchweg tiefer im Preise, so haben dafür die Spinnerlöhne eine Höhe erreicht, die unsern deutschen Spinnern geradezu als enorm erscheinen muß. In Lancashire z. B. beträgt das Arbeitseinkommen des erwachsenen männlichen Spinners (es wird meist in Accord gearbeitet) nach offizieller Feststellung durchschnittlich über 80 Mark die Woche. Auch die Preise für Rohbaumwolle stellen sich, wie die Börsennotierungen andeuten, auf dem Bremer Markt im Durchschnitt nur um ein Geringes höher, als in Liverpool.

Ebenso arbeitet die Schweizer Baumwollspinnerei unter Bedingungen, die im wesentlichen die gleichen sind, wie in Bayern und im Elsass. Die Löhne sind ziemlich dieselben, die Betriebskosten auch, und das Rohmaterial stellt sich sogar in der Schweiz noch etwas teurer, als in Deutschland. Dennoch lieferte in 1900 die Schweiz nach Deutschland an einträchtigen rohen Garn der Nr. 17-45 = 4440 Doppelcentner, Nr. 45-60 = 5715 Doppelcentner, Nr. 60-79 = 8393 Doppelcentner, über Nr. 79 gleich 8056 Doppelcentner. Gerade die Feingarnspinnerei, die in Deutschland nur zu schwachen Anfängen gelangt ist, blüht in der Schweiz, und zwar hat sie sich dort unter dem minimalen Schutz Zoll von 2 Fr. (1,60 M.) pro Centner entwickelt. Erst seit 1894 ist die Schweiz den deutschen Spinnern gefolgt und erhebt höhere Garnzölle; aber auch jetzt beträgt selbst für bestes Feingarn der Zoll nur 7 Fr. pro Doppelcentner, also noch nicht die Hälfte des jetzigen deutschen Zollsaftes für die ordinärsten aller Sorten.

Der hohe Zollschutz, der in den beiden letzten Jahrzehnten der Baumwollgarn-Spinnerei zu teil geworden ist, da sie im Centralverband deutscher Industrieller neben der Eisen- und Stahlindustrie die erste Welge spielt, hat sie nur davon abgehalten, sich in ihrer Produktion mehr und mehr den Weltmarktverhältnissen anzupassen. Gerade darin aber liegt eine Gefahr für die Zukunft, denn neben der englischen und schweizerischen Konkurrenz beginnt ein dritter Konkurrent aufzuwachen, die Garnspinnerei der Vereinigten Staaten von Amerika, in der die Zahl der Spindeln von 14,64 Millionen im Fiskaljahr 1890/91 auf 20,87 Millionen in 1900/01 gestiegen ist und im abgelaufenen letzten Rechnungsjahre eine weitere Zunahme erfahren hat.

Dah eine Abschaffung der bisherigen Zölle für die gewöhnlichen Garnsorten und eine Reduktion der Zölle für Feingarn manchen Betrieben zunächst eine Verdrängung ihrer bisherigen Jahrgewinne bringen würde, ist selbstverständlich. Jede, auch die von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus allerzweckmäßigste Zollreduktion schafft für den betreffenden Industriezweig eine neue Lage, an welche er sich erst anpassen muß. Soweit aber wirklich zunächst eine Verminderung der bisherigen Prosperität zu befürchten stände, würde sie überreichlich ausgeglichen durch die Erleichterung der Produktionsbedingungen, welche die Baumwollwebererei und -Wirkerei erlangte; und welcher Industriezweig in volkswirtschaftlicher Hinsicht, d. h. was den Gesamtproduktionswert, die Höhe des Exports, die beschäftigte Arbeiterzahl usw. anbetrifft, der wichtigere ist, kann nicht zweifelhaft sein.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Motive, welche die Webereibesitzer und ihre parlamentarischen Hürspracher zur Bekämpfung der beantragten Grenzzollerhöhungen bestimmen, anderer Art sind, wie die der Spinnereibesitzer, daß sie sich vom wirtschaftlichen Allgemeininteresse leiten lassen. Der Ausdruck des konservativen fächrischen Webereibesitzers Förster-Löbann in der Zolltarif-Kommission: „Wir konservativen wollen höhere Getreidezölle, da können wir doch durch so hohe Industriezölle, wie die Garnzölle, den armen Arbeitern, den Webern, nicht noch den Verdienst schmälern und die Kleidung verteuern“, steht genau auf derselben Höhe der sogenannten nationalen Wirtschaftspolitik, wie die Behauptung des Herrn Schlumberger in seiner Eigenschaft als Leiter des Elässer Spinnerverbandes, er vertrete die seinen ererbten Zollforderungen die Interessen von 50 000 in der Baumwollspinnerei beschäftigten Arbeitern. Wie seine Fürsorge für die „armen Weber“ den gefühlvollen Vertreter für Löbann nicht abhält, diesen die notwendigen Lebensmittel maßlos zu verteuern, so findet es andererseits Herr Schlumberger mit seiner Arbeiterfreundlichkeit vereinbar für Ausnahmestöße gegen die Arbeiterbewegung und für die Beschränkung der Fabrikinspektion zu schwärmen. Jede dieser Interessentengruppen wird von dem niedrigsten Selbstinteresse getrieben; jedes fordert ausschließlich für sich den größten Anteil an der durch die Zolltarif-Reform in Aussicht gestellten Geste. Das zeigte sich deutlich in der Sitzung der Zolltarif-Kommission am Dienstag, als dieselben Herren, die einige Tage vorher so herabwürdigend für die Herabsetzung der Baumwollgarn-Zölle zu Gunsten der armen Weber eingetreten waren, plötzlich für die Erhöhung der Leinwand-Zölle plädierten, um der Leinwandindustrie die Konkurrenz mit der Baumwoll-Industrie zu erschweren.

Interessant ist die Taktik, welche die Agrarier gegenüber diesem häuslichen Zollkrieg innerhalb der industriellen Gruppen befolgten; sie traten für den Antrag Spanin ein, der für die Garne bis Nr. 63 folgende Zölle festsetzt:

einträchtig, roh, bis Nr. 22	4 Mark pro 100 Kilogramm
„ „ über Nr. 22-32	10 „ „ 100 „
„ „ über Nr. 32-47	14 „ „ 100 „
„ „ über Nr. 47-63	20 „ „ 100 „
Dagegen forderte die Regierungsvorlage:	
einträchtig, roh, bis Nr. 17	9 Mark pro 100 Kilogramm
„ „ über Nr. 17-25	15 „ „ 100 „
„ „ über Nr. 25-45	18 „ „ 100 „
„ „ über Nr. 45-60	24 „ „ 100 „

Ebenso stimmten die Agrarconservativen für den Antrag Müller-Sagan, der die von der Regierung geforderten Zölle für feinere Garne von Nr. 63 anwärts ebenfalls um 14-20 Prozent ermäßigt. Angeblich fühlten sie sich zu dieser ihrem sonstigen Verhalten widersprechenden Votierung durch die Rücksichtnahme auf die Webereistrie veranlaßt; das wirkliche Motiv ist jedoch in einer anderen Richtung zu suchen. Ihre Abstimmung ist eine Mahnung an den Centralverband deutscher Industrieller, in dem, wie schon gesagt, die Spinnerei eine hervorragende Rolle spielt, sich darauf vorzubereiten, daß wenn er mit seinem Einfluß sich ferner gegen die agrarischen Mehrforderungen und eine weitere Festlegung von Minimalzöllen sträubt, sie die Zollwünsche der in ihm vereinigten größeren Industriezweigen zu Fall bringen werden. Bezeichnend ist, daß Graf Kanitz sogar die Gelegenheit für günstig hielt, um die Doppelzollfrage wieder aufzurollen.

Es ist die umgekehrte Kompensationspolitik, die von einigen Mitgliedern in der Zolltarif-Kommission getrieben wird. Wie diese für manche Zollserhöhungen nur zu dem Zweck stimmen, der Regierung für die künftigen Handelsvertrags-Verhandlungen Kompensationsobjekte zu schaffen, von denen sie sich recht viel abhingen lassen kann, so haben die Agrarier für die Reduktion der Garnzölle nur gestimmt, um diese, sobald der Centralverband sich willfähriger zeigt, wieder zu erhöhen. Das ergibt sich deutlich aus den verschiedenen Auslassungen der konservativen Presse zu den Kommissionsverhandlungen, speziell aus dem Kommentar des Wandlerblattes, der „Deutschen Tageszeitung“, in welchem es heißt: „Die landwirtschaftlichen Zölle befinden sich nach den Beschlüssen der Zolltarif-Kommission in erster Lesung unter dem Niveau, welches die deutschen Vertreter der Landwirtschaft für nötig erachtet haben, um damit wirklich einen ausreichenden Schutz auf dem Inlandsmarkte zu erzielen. Die industriellen Zölle sind dagegen von der Regierung in einer Höhe vorgeschlagen, welche über das Schutzbedürfnis der Industrie auf dem Inlandsmarkte noch wesentlich hinausgeht. Demgegenüber erfordert es die Gerechtigkeit, zunächst unter Absehung von den künftigen Handelsverträgen und mit alleiniger Bezugnahme auf den Schutz des Inlandsmarktes die industriellen Zölle auf dasselbe Niveau herunterzurangieren, auf dem sich die landwirtschaftlichen Zölle nach den Beschlüssen der Kommission in erster Lesung zu befinden. Gegenüber dem vom Grafen Kanitz geltend gemachten Gesichtspunkte, bei der Aufhebung der Industriezölle Kompensationsobjekte für künftige Handelsverträge zu bewilligen, geben wir der Meinung Ausdruck, daß die höhere und wichtigere Sorge für die Vertreter der Landwirtschaft zur Zeit wohl zweifelsohne die sein muß, ein gleiches Niveau zwischen Industrie- und Agrarzöllen herzustellen. Sollten dann nach Abschluß der ersten Lesung der Zolltarif-Kommission die beschlossenen Industriezölle den Industriellen und ihren Vertretern zu niedrig erscheinen, so mögen sie zunächst die Landwirtschaft und deren Vertreter durch ihre Zustimmung zu einer Erhöhung der Agrarzölle über die Beschlüsse der ersten Kommissionslesung hinaus in die Lage bringen, auch höheren Industriezöllen zuzustimmen. Die Industriezölle des Regierungsentwurfs können erst annehmbar werden nach vorhergegangener Revision der landwirtschaftlichen Zölle bei der zweiten Lesung des Zolltarifs unter der Voraussetzung einer entsprechenden Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle. Wir wissen nicht, wie der Herr Abgeordnete Graf Kanitz in der zweiten Lesung des Zolltarifs in der Kommission über die industriellen Zölle votieren wird, wir glauben aber annehmen zu dürfen, auch nach Weisungen, die in der Kommission von ihm darüber gefallen sind, daß er, falls die landwirtschaftlichen Zölle in der zweiten Kommissionslesung nicht erhöht werden, unendlich auch für die Industriezölle der Regierungsvorlage stimmen wird.“

Zugleich wird mit der Abstimmung eine PreSSION auf die Regierung beabsichtigt, für die ein Zolltarif mit hohen Agrarzöllen und mit „herunterrangierten“ Industriezöllen, besonders wenn diese „Rangierung“ sich direkt gegen die im Centralverband deutscher Industrieller maßgebenden Industriezweigen richtet, unannehmbar ist.

Das Eintreten der Agrarier für niedrige Garnzölle ist nicht als ein tatsächlicher Wandel; und es ist deshalb auch keinesfalls ausgeschlossen, daß sie nicht später, wenn die Centralverbändler sich gefügiger erweisen, im entgegengesetzten Sinne stimmen. Darauf scheint auch die Regierung zu hoffen; denn andererseits ist die von ihr abgegebene Erklärung, daß sie sich die Entschliegung über die Herabsetzung der Garnzölle bis zur zweiten Lesung vorbehalten, kaum zu verstehen.

76. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 3. Juli.

Den Vorsitz führt der wieder in die Kommission eingetretene Abg. Metrich; an Stelle des Abg. Gränberg ist Abg. Weyer eingetreten.

Zur Beratung werden die Positionen 504-508 zusammengefaßt - wasserdichte Gewebe, Wachsdruck, Leder-

tu u. s. P a k t u s, mit Kautschuk, Guttapercha etc., wasserdicht gemacht oder überfrachten.

Die Zollsätze betragen für 504: 12, 30 und 50 M., für 505: 12 und 30 M., für 506: 90 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit. **Mollenhuth**, der den Antrag begründet, meint, daß durch die Zölle zu 504, Wachsdruck etc., eine Reihe von kleineren Gewerben getroffen werden. Daß auch Wachsdruck und Wachsdruck, das viel zu Heilzwecken verwandt wird, mit hohem Zoll belegt ist - 50 M. - sei um so verwunderlicher, als die Einfuhr gleich Null ist. Handelspolitische Momente und finanzielle Rücksichten walteten nicht vor, deshalb sei Zollfreiheit geboten.

Müller-Sagan verwendet sich für die Zollberminderung, besonders auf die zu Heilmitteln verwendeten Stoffe, während Regierungsrat Martin für die Vorlage eintritt.

Vandert verlangt die Streichung der Anmerkung. Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Position 507, Schmirgelpapier, Sintersteinpapier, Glas- und Sandleinen - 6 M.

Vandert begründet den socialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit damit, daß die betreffenden Waren viel von Kleinhandwerkern verbraucht würden, für die doch sonst die Mehrheit der Parteien eine Laxe brechen. Auch durch diese Position würden z. B. die kleinen Buchbinder betroffen. Goldfabrikate verteuern, heißt den Mittelstand belasten; diese Belastung des Mittelstandes scheidet aber aus diesen Positionen nicht nur, sondern aus dem ganzen Tarif hervor. Auch deshalb ist Zollfreiheit geboten.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Es werden die Positionen 508-510, Fußbodenbelag, Tapeten etc. aus Linoleum, zusammengefaßt. Die Zölle betragen 10, 12, 13 und 40 Mark.

Müller-Weinigen beantragt zu den Positionen 508/9 - 8, 10 und 12 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Müller-Weinigen rät es, daß der Referent für Petitionen, Abg. Arndt, höchst ungenügend über die Wünsche der Petenten berichtet habe, die Gründe der Petitionen habe er gar nicht angegeben. Redner weist auf die laienliche Volkstift von 1881 hin, die den Arbeitern Versprechungen in Bezug auf Verbesserung ihrer Lage machte; aber durch Zölle, wie die hier vorgeschlagenen werde den Arbeitern nicht gehalten. Umso mehr sei es verwunderlich, daß die Regierung diese Zölle damit begründete, die Linoleum-Industriellen hätten sich auf die socialpolitischen Lasten berufen, durch die die Produktion verteuert würde.

Arndt entschuldigt sich, daß er über eine Petition Bericht zu erstatten verjaß. Gründe hätten die vorher benannten Petitionen nicht enthalten.

Vandert begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Energisch verteidigt sich Redner gegen die Begründung des Zolles mit dem Hinweis auf socialpolitische Lasten. Dergleichen Gründe glaubt im Lande kein Mensch. Redner äußert dann noch sachliche Bedenken, und wünscht, daß die Anmerkung gestrichen wird.

Scheunert **Wermuth** betont, daß in der Motiven bez. den socialpolitischen Lasten nur die Angaben der Industriellen wiedergegeben seien. Die Abstufung des Zolles bedeute eine Verminderung desselben.

Müller-Sagan tritt für die Herabsetzung ein. Nach einem angenommenen **Schlusstrat** **Paasche** werden die Positionen nach der Vorlage angenommen.

Ueber diesen Schlusstrat entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, in der die Linke das Unmotiviertere derartiger Schlusstratträge rät, die socialdemokratischen Mitglieder aber speziell diese Einzelzüge scharf bekämpfen.

Danach kommt der Unterabschnitt F. Watte, Filze und nicht genähte Filzwaren zur Beratung. Zur Position 511, Watte zu Heilzwecken in Aufmachungen von unter 1 Kilogramm 30 M., von mehr als 1 Kilo 20 M.; 512, andre mit Leinwand überzogene, aus Seide-Abfällen etc. 24 M., aus andren Spinnstoffen 4 M., beantragt **Müller-Weinigen** 24 M. zu 511, die Socialdemokraten Zollfreiheit.

Nach unwesentlicher Debatte wird der Antrag **Müller-Weinigen**, im übrigen die Position nach der Vorlage angenommen.

Auch zu den Positionen 513 und 514, Filzwaren 3 M., Filzschuhe 30 M., Fußbodenbelag aus Filz 15 M.; 514, Klavierfilze 220 M., andre 100 M., beantragen die Socialdemokraten Zollfreiheit.

Arndt beantragt zu 513 - 5 M.; **Müller-Sagan**, **Paasche**, **Müller-Weinigen**, **Förster-Sachs** beantragen zu 514 - 100 M. **Vandert** und Genossen beantragen außerdem zu Position 514, im 2. Abschnitt die zu Krugentuch verwendeten Filze auszunehmen. Die Positionen werden mit Einschluß des Antrages **Müller-Sagan** zu Pos. 514 nach der Vorlage angenommen.

Mit dem Unterabschnitt G. Waren aus Pferdehaaren, werden die Pos. 413, Krollhaare, aus Rindvieh, Schweine etc. Haaren - 5 M.; 471, Krollhaare-Erzeugnisse aus Rindvieh-Manufaktur etc. - 5 M., verbunden. Der Zoll beträgt zu Pos. 515, Krollhaare aus Pferdehaaren 5 M.; 516, Fächlicher, Wurte etc. aus Pferdehaaren - 20 M., Tanne, Seile, Webereien etc. 60 M., künstliche Blumen, Spitzen - 120 M. Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit. **Mollenhuth** begründet den Antrag mit Rücksicht auf die Webereistrie.

Den weiteren Antrag: der

Nr. 413 als Anmerkung zuzusetzen: Krollhaare dürfen nur dann eingeführt werden, wenn nachgewiesen ist, daß diese Haare dem in § 2 Absatz 2 Ziffer 1 der Bundesrats-Verordnung vom 28. Januar 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 5) vorgesehene Desinfektionsverfahren unterworfen sind begründet ebenfalls **Mollenhuth**, der auf die Anstehungsgefahr bei der Einfuhr hinweist und das Desinfektionsverfahren bespricht und empfiehlt. Wenn dieser Anmerkung entsprochen wird, ist die Zollfreiheit um so berechtigter. **Wanzenhorn** beantragt die Zollsätze für Krollhaare auf 10 M. zu erhöhen. **Förster-Sachs** beantragt, im zweiten Abschnitt, Position 516, den Zoll von 60 auf 80 M. zu erhöhen.

Geheimrat v. Deule tritt für die Vorlage ein.

Graf Kanitz tritt für genügende Desinfektion ein. Staatssekretär **Graf Posadowsky** erklärt, die Anmerkung abzulehnen; die Regierung verfolge die Angelegenheit, die ihr am Herzen liege, aber Schwierigkeiten bezüglich der Lösung mache. Eine Verschärfung der bestehenden Vorschriften scheidet ihm nicht.

Schrader tritt für Zollfreiheit ein.

Nach längerer Debatte, an der sich die Bundesrats-Bevollmächtigten für Baden und Bayern, Mollenhuth, Geheimrat Bernuth, Plankenborn und Geheimrat v. Heule beteiligten, werden in der Abstimmung die Positionen 413, 471, 515 und 516 nach der Vorlage angenommen; die beantragte Aenderung wird abgelehnt.

Die Positionen 517-520 des Unterabschnittes H, Kleider, Putzwaren, werden trotz des Widerspruches von einigen Rednern zur Beratung zusammengefasst. Zu allen Positionen beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit. Müller-Fulda, Müller-Ferber, Förster-Sachsen beantragen zu Position 519, Kleider etc. aus Baumwolle statt 400 M. 350 M. zu legen, Müller-Reinigen beantragt zu 518, statt 350 M. 300 M. zu legen, ferner:

- a) Nr. 519, Mittel (grobe Klusen) und Feidwäse aus Baumwolle 150,- M.
- Andre Kleider, Putzwaren und sonstige genähete Gegenstände aus Baumwolle, auch gemischt mit anderen pflanzlichen Spinnstoffen 300,- M.
- b) Für den Fall der Ablehnung des Antrags unter a: Nr. 519 300,- M.
- Nr. 520 aus andren pflanzlichen Spinnstoffen als Baumwolle 300,- M.

Müller-Reinigen begreift nicht, wie man höhere Zölle gerade auf baumwollene Kleider legen kann, die hauptsächlich von Arbeitern konsumiert werden. Müll-Ferber begründet kurz den Sammelantrag.

Reichhaus spricht für Zollfreiheit, die auch für teure Kleider geboten sei, weil die Hauptaufgabe nur Modelle umfasse, die für die deutsche Konfektion unentbehrlich seien. Fernere man diese Modellstücke so, wie es durch die höheren Zölle geschehe, dann begreife man es um so leichter, wie die Verhältnisse in der Konfektionsbranche sich verschlechtern müssen. Man solle bedenken, daß die Kleiderkonfektion die beste Stütze der Textilindustrie ist. Außerdem provoziert man mit diesen Zöllen Repressalien des Auslandes. Redner führt dann die großen Summen an, die bei der Konfektion in Betracht kommen; ferner erklärt er die mangelhaften Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, das Gesundheits- und Zwischenmeisterwesen, und konstatiert, daß der Zollschaden trotz alledem noch auf die Arbeiter abgewälzt werde, die als Konsumenten und Produzenten doppelteiden. Die bestmöglichen Industrien seien ebenfalls für Zollfreiheit, warum beachte man das nicht? Wenn jetzt wieder gesagt werden sollte, daß Rohstoffe und Halbfabrikate verzollt seien, könnten doch fertige Fabrikate nicht zollfrei gelassen werden, so sei das eine verheerende Begründung des Zolles. Die Sozialdemokraten hätten keine Schuld daran, daß auf Rohstoffe und Halbfabrikate Zoll gelegt worden sei. Im Interesse der Industriellen und Arbeiter müsse der Zoll fallen. Darauf wird auf Antrag Schrader Vertagung beschlossen. Schluß 1/3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Juni.

Liberaler Sommertraum.

Wie in früheren Jahren die orientalische Frage den Sommerredaktionen Stoff zum Nachdenken bot, so taucht seit einigen Jahren regelmäßig zwischen Juni und August die „Idee“ eines gewaltigen Kartells der vereinigten Linken auf. Heuer hat sich ein sozialdemokratisches Blatt, die in Gießen erscheinende „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ den Scharz geleistet, diese Sechszlange zu servieren. Die Redaktion unseres Parteiblattes war so freudlich, den krausen Betrachtungen eines Sonderlings Aufnahme zu gewähren, verwahrte sich natürlich aber dagegen, daß sie sich mit den Ansichten des Einsenders identifizierte. In der Einleitung waren folgende Sätze zu lesen:

„Es ist ein ebenso schöner wie kluger Gedanke, die gesamten sekundären (zweiten) Prinzipiengegensätze der linksstehenden Parteien für den Augenblick wenigstens zurücktreten zu lassen vor dem primären (ersten) und aktuellsten (dringendsten) Gegensatz, den es überhaupt giebt, dem Gegensatz zwischen Reaktion und Fortschritt.“

„Steuern wir erst einmal zielbewußt auf die Demokratie los. Die Erfüllung unserer sozialistischen Ziele können wir dann um so ruhiger der weiteren vernünftigen Entwicklung der Dinge überlassen.“

„Deshalb haben wir nur noch ein Wort an die wirklich liberalen Parteien d. h. an die demokratisch gesinnten Volksgenossen: Beweist Eure demokratische Gesinnung! Habt Vertrauen zu der größten demokratischen Bewegung, die es giebt, zur Sozialdemokratie. Ihr teilt nicht alle unsere Ideale. Aber wenn Ihr wahrhaft demokratisch denkt, so müßt Ihr trotzdem uns, die wir keinen andren Richter über unser Vollen anerkennen, als die Majorität des Volkes, der Menschheit, als unbedingt zu Recht bestehend anerkennen, als Bundesgenossen im Kampf gegen jedes metaphysische (außerirdisch begründete) Gottesgnadentum.“

Jeder Sozialdemokrat, der solche Sätze liest, schüttelt lachend über den weltfremden Klang den Kopf und wundert sich höchstens darüber, daß man diese Meinungsäußerung, wenn auch nur als Eingelaudt, abdruckt.

Das Spaghaste aber ist nun — und damit erhält die gleichgültige Sache eine kleine Bedeutung — daß die bürgerliche Presse den Artikel mit ungeheurem Ernst behandelt. Die größten „Weltblätter“ reihen sich förmlich darum, ihn zu diskutieren. Das demokratische Weltblatt, die „Frankfurter Zeitung“, ist entzückt von dem Aufmarsch zur Einheit. Das katholische Weltblatt, die „Aölnische Volkszeitung“ widmet dem Ereignis einen ganzen hochwichtigen Leitartikel, sie rechnet halb und halb mit einem „Kartell der Linken“ bei den nächsten Reichstagswahlen. Und die „Konservative Korrespondenz“ schreibt über die „noch größere Innigkeit der roten Phalanx“. Es ist ja eine alte Erfahrung: Es braucht nur einmal eine Dummheit in einem sozialdemokratischen Blatt zu stehen und sofort ist die gesamte bürgerliche Presse, insbesondere die liberale, von dieser Eruption sozialdemokratischer Vernunft tief beeindruckt.

Das allerhöchste aber ist, daß dieses famose „sozialdemokratische“ Angebot bereits eine — Ablehnung erfahren hat. Eugen Richter erklärte dem „Kartell der Linken“, als die Phantastie eines Gießener Eingelaudt-Philosophen geboren, grimmige Fehde; die „Freisinnige Zeitung“ schrieb in einer Auswählung ihrer berühmten schönen Seele:

„Die Sozialdemokratie erachtet es sogar bei den Wahlen als ihre Hauptaufgabe, gerade die Freisinnigen auf das schärfste zu bekämpfen, weit schärfer als die Konservativen oder irgend eine andre Partei. Die Sozialdemokratie bekämpft die Freisinnigen in dieser heftigen Weise grundsätzlich auch dort, wo die Sozialdemokratie selbst gar keine Aussicht hat, das Mandat für sich zu erlangen. Indem die Sozialdemokratie den Freisinnigen hier, wo sie sich gegen starke Rechtsparteien zu erwehren haben, heftig in den Rücken fällt, erreicht sie höchstens, daß statt des freisinnigen der sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl gelangt mit dem konservativen, und zwar mit einer Stimmzahl, welche von vornherein den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten ausschließt, zumal unter den Nachwirkungen der Kämpfe die den Hauptwahlen. Auf diese Weise haben Duzende von Wahlkreisen statt der liberalen eine konservative Vertretung erlangt, die nicht stattfinden würde, wenn die Sozialdemokratie nicht vorhanden wäre oder eine andre Taktik befolgte.“

Die „Frankfurter Zeitung“ entdeckte in diesen freisinnigen Betrachtungen zwar einen „wahren Kern“, deutete aber zugleich, um den Traum des „Kartells der Linken“ nicht aufzugeben, an, daß doch bisweilen Freisinnige in der Stichwahl den

Konservativen zum Siege verhelfen. Eugen Richter antwortet darauf seinerseits, keine bürgerliche Partei habe bisher vermocht, ihre Wähler zum Stimmen für die Sozialdemokraten zu bewegen, auch die deutsche Volkspartei nicht:

„Dem wenn auf der einen Seite das Interesse vorlag, die Opposition zu stärken für gewisse dem Reichstags vorliegende Hauptfragen, so fiel andererseits in die Waagschale, daß die Sozialdemokratie eine Klassenpartei ist. Je schärfer sie bei der Hauptwahl den Klassenstandpunkt der Arbeitnehmers gegenüber den Arbeitgebern betont, desto weniger ist, zumal nach besonderen Verhältnissen in einzelnen Wahlkreisen, eine Unterstufung der Sozialdemokratie bei der Stichwahl zu erwarten, ganz abgesehen von den Nachwirkungen der Geschäftigkeit, mit der bei den Hauptwahlen die Sozialdemokratie in der Regel den Kampf geführt hat.“

Der ganze Eugen Richter! In seinen Augen hat die Sozialdemokratie ein großes unverzeihliches Verbrechen verübt, daß sie nämlich wagt, zu existieren. Für dieses Verbrechen giebt es nur eine Sühne: die Sozialdemokraten müssen in der Hauptwahl gleich — freistimmig wählen. Das will der Freisinn uns großmütig erlauben.

Wir unsrerseits haben nichts dagegen, wenn der Freisinn und die Demokratie ihre eigne Magie zunächst selbst befolgt und ihre Wähler anweist, um die Kreise nicht der agrarischen Reaktion auszuliefern, von vornherein für die Sozialdemokratie zu stimmen. Wir hingegen werden fortfahren, unsren principiellen Gegensatz gegen den Freisinn ehrlich zu betonen, der sich von der „Liebe“ des Freisinn zum antireaktionären „Kartell der Linken“ dadurch unterscheidet: daß wir zwar den Freisinn bekämpfen, daß wir aber in der Stichwahl zwischen ihm und den agrarisch-reaktionären Parteien allemal für ihn stimmen, während der Freisinn zwar gegen die Reaktion donnet, aber niemals in der Stichwahl für den Sozialdemokraten eintritt. Die Sozialdemokratie hat noch nie einen Wahlkreis an die Reaktion ausgeliefert, der Freisinn in Duzenden von Fällen.

Die „Freisinnige Zeitung“ enthält die bürgerlichen Sommerträume von dem „Kartell der Linken“ in all ihrer lächerlichen Nichtigkeit. Gerade umgekehrt schreitet die Entwicklung. Die Luft wächst und je reaktionärer sich der Freisinn entwickelt, um so schwieriger wird für die Sozialdemokraten die Frage, ob es sich denn noch lohne, dieses häusliche Elend am Leben zu erhalten, dadurch, daß wir seine Kandidaten bei den Stichwahlen herauszauen.

Deutsches Reich.

Strangulierungsversuche in der Zollkommission.

Und wieder gab es Kollisionen zwischen Mehrheit und Minderheit in der Zollkommission. Nachdem am Dienstag der Vergewaltigungs-Versuch der Mehrheit abgefallen worden und die Mittwoch-Sitzung bei festlicher Arbeit ohne Zwischenfälle verlaufen war, versuchte die Mehrheit am Donnerstag eine andre Methode, um die Durchpeitschung des Tarifs zu erzwingen.

Und wieder war es der Abg. Paasche, der den Vortrab nahm und mit unmotivierten Schlussanträgen die Minderheit dem Willen der Mehrheit unterzwingen wollte. Zwar darf über Schlussanträge nicht debattiert werden, aber, als die in Frage stehende Position durch den gewaltsamen Schluß der Debatte erledigt war, rügte Baudert in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung scharf diese neue Strangulierungsmethode, die dem in Zeitungen gemeldeten Plane entspreche, täglich mindestens 25 Positionen zu erledigen, damit am 8. August die erste Lesung beendet sei. Ihm erwiderten die Abgg. Hahn, Arendt und Paasche in offener Weise, so daß aus ihren Worten die Absicht der Vergewaltigung hervorleuchtete. Hahn meinte, die Sozialdemokraten müßten es der Mehrheit Dank wissen, wie geduldig diese die sozialdemokratischen Redner angehört hätte. Paasche machte aus dieser Geduld gar eine Engselgeduld; die Anträge auf Zollfreiheit hätten ja gar keinen Zweck, da Rohstoffe und Halbfabrikate verzollt seien, es sei damit nur Verschleppung der Beratung beabsichtigt. Und Arendt schleuderte der Mehrheit prophig entgegen, sie habe sich der Mehrheit zu fügen. Geher erwiderte darauf, in der Kommission habe niemand eine Dankspflicht zu erfüllen, am wenigsten die, die vergewaltigt werden sollen; das Urteil über die Zweckmäßigkeit der sozialdemokratischen Anträge möge man den Antragstellern überlassen, sie dienen der Sache. Dem Abg. Arendt las aber Geher speciell ein Privatissimum, das den Herrn außer Rand und Band brachte. Außerdem spottete Geher darüber, wie durch diese Vergewaltigungsversuche und Winkelzüge das Renommee der Zollkommission vor der Öffentlichkeit herabgesetzt werde, denn das erkenne man im Lande sehr wohl, daß die Durchpeitschung des Zolltarifentwurfs nicht aus Arbeitseifer versucht werde. Die Minderheit wollte, wie sie bereits früher erklärt habe, gründlich, sachlich und schonell beraten; aber einer verständnislosen Durchpeitschung des Tarifs werde sie sich entgegensetzen und sie zu vereiteln wissen. Der Schlussantrag sei unmotiviert, die Sache nicht geklärt. Letzterer Ansicht gaben auch die Abgg. Schrader, Müller-Reinigen und Müller-Sagan Ausdruck. Hiemlich heftig ging dann die Debatte weiter, an der sich noch Arendt, Reichhaus und Baudert beteiligten. Dann wurde die sachliche Beratung bei der Position: „Watte zu Heilzwecken“ fortgesetzt.

Justiz im Klassenkampf.

Aus Deuthen kommt die Kunde von einem Urteilspruch, der nur zu begreifen ist aus den Erregungen des jähren Klassenkampfes in jenen oberösterreichischen Gebieten der machtvoll emporstrebenden polnisch-sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Wegen „Anreizung von Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten“ wurden von der Strafammer in Deuthen am Mittwoch nach 12stündiger, zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundenen Verhandlung Genosse Morawski zu zwei Jahren Gefängnis, Genossin Dr. Golde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Das Vergehen soll begangen sein durch Verbreitung von Maledicta und andren Arbeiterliedern in polnischer Sprache, die im Verlage von Morawski und unter Redaktion von Frau Golde erschienen sind.

Es wird uns aus Deuthen über den Verlauf dieses Prozesses berichtet:

„Die Bestrafung der Genossen Morawski und Frau Dr. Golde wegen Anreizung zum Klassenhass mit 2 und 1 Jahre Gefängnis hat sogar in Oberösterreich, wo man an ungewöhnlich hohe Strafen gegen Sozialdemokraten bereits gewöhnt ist, eine große Erregung hervorgeufen. Die Schriften, um die es sich in der Strafsache handelte — Maledicta, Vater Simon, Giebt es noch Robot? — waren längst überall verbreitete Schriften, insbesondere die Maledicta waren früher einzeln in der „Gazeta Robotnicza“ abgedruckt worden, ohne daß eine Strafverfolgung unternommen worden wäre.“

Das Gericht nahm an, daß einzelne Lieder, besonders in ihrer Sammlung in einem Buche, und daß viele Stellen in den beiden andren inkriminierten Schriften geeignet seien, die oberösterreichische Arbeiterbevölkerung zu einer Empörung gegen die Unternehmer und gegen die Obrigkeit zu bewegen. Auch da, wo in den Schriften eigentlich nur russische Zustände geschildert seien, würden deutsche Leser diese Stellen auf Deutschland beziehen.

In der Zeugenvernehmung wurde eine übrigens von den Genossen bereits aufgedeckte Spiegelgeschichte noch einmal angeführt: der Zeuge Gufner, ein ganz konfusier Bräuer, entpuppte sich als Schliche des Grenzkontrollfahrs Wädler in Deutsch in Oberösterreich. Durch diesen Spiegel und seinen Auftraggeber war übrigens, das ergab sich auch aus der Verhandlung, ein junger russischer Genosse der russischen Polizei überantwortet worden.

Die Verhandlungen dauerten mit einstündiger Unterbrechung von 9 Uhr früh bis nachts 10 Uhr. Die Öffentlichkeit war für die 5 Stunden dauernde Verlesung und Uebersetzung der inkriminierten Stellen der beschlagnahmten Schriften sowie für die Plaidoyers der Staatsanwaltschaft sowie der Verteidigung — Genosse Heine-Berlin führte die Verteidigung — ausgeschlossen.

Die inkriminierten Schriften waren nur zum Teil in den Geschäftsräumen der „Gazeta Robotnicza“ gefunden worden; mehrfach waren sie bei Hausdurchsungen gefunden worden, die bei Anhängern der polnisch-sozialdemokratischen Partei vorgenommen worden waren.

Soweit die Nachrichten über diesen Prozeß erkennen lassen, handelte es sich um Veröffentlichungen, die zum Teil schon längst in einer Zeitung verbreitet worden waren die sich der sorgfältigsten Aufmerksamkeit der Polizei und der Staatsanwaltschaft erfreut. Dieselben Gedichte, die hier straflos verbreitet werden durften, werden zum Anlaß schwerster Verurteilungen, sobald sie im oberösterreichischen Mittenerverein verbreitet werden, wo die polnische Arbeiterklasse sich loszulösen beginnt von der Bevormundung eines bisher in seinen Ausbeutungsbegehren ungehemmten, nur auf Widerstand stoßenden Unternehmertums. Gegen die Polen! — heult der preussische Chauvinismus. Wehe den Polen, wenn sie es wagen, zugleich Sozialdemokraten zu sein. Dann wird demjenigen, der es unternimmt, die Bevölkerung gegen ihre Unterdrücker aufzurufen, die schwerste Strafe, die das Strafgesetzbuch für das Vergehen der Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten vorsieht.

Sollte das Reichsgericht dieses fürchtbare Urteil bestehen lassen, so würde unser tapferer polnischer Parteigenosse Morawski, der im Dienste der sozialdemokratischen Idee schon früher größte persönliche Opfer getragen hat, wiederum auf zwei lange Jahre der Reut des Gefängnisses überantwortet sein und neben ihm auf Jahresfrist eine jüngere Genossin, die sich in glühender Begeisterung dem Dienst der Arbeiterklasse ergeben hat. Diese Opfer, so fürchtbar sie sind, sie werden die junge Bewegung der polnischen Arbeiterklasse in Oberösterreich nicht zurückreden, sie werden weithin propagandistisch wirken und die Massen in dem Entschluß festigen, ihren Kampf gegen Ausbeutung und politische Bedrückung unerschrocken und würdig derer, die ihr persönliches Wohl für sie in die Schanze schlagen, weiter zu kämpfen.

Der amerikanische Weltankäufer Morgan war am Donnerstag Gast des Kaisers in Kiel. An Bord der „Hohenzollern“ waren außer andren Amerikanern auch der bekannte Büchsenfleisch-Exporteur Armour.

Morgan wird vermutlich zu dem Zwecke gekommen sein, um sich nach dem Preis Deutschlands zu erkundigen. Besonders eifrig erscheint jetzt Herr Armour in der Nähe des Hofes. Seine Ware, das Büchsenfleisch, ist allerdings durch die agrarische deutsche Fleischsperrpolitik aus Deutschland verbannt.

Schlumbergers Abbitte. Schweinburg veröffentlicht heute folgende drohige Erklärung:

„In der 11. Sitzung der Zolltarif-Kommission des Reichstags habe ich, obgleich im amtlichen Protokoll nichts darüber enthalten ist, vielleicht im Eifer der Verhandlungen, zur Kennzeichnung der gegen die Baumwoll-Zölle des Tarifentwurfs gerichteten Agitation die Worte Schwindel, Hege und Exportdusel fallen lassen. Jedes der in der Sitzung anwesenden Mitglieder der Zolltarif-Kommission, das ich darum befragt habe, giebt meinen Ausführungen eine andre Deutung und Beziehung. Infolgedessen sehe ich mich veranlaßt, hierdurch zu erklären, daß sich jene Bezeichnungen in keiner Weise auf Personen bezogen und daß ich insonderheit nicht die Absicht gehabt habe, damit den Vorstand des Vereins der Baumwollgarn-Konsumenten zu beleidigen.“

2. Juli 1902. Theodor Schlumberger. Theodor Schlumberger entwickelt sich immer mehr zum Parodisten der Heberzollunt — ohne daß diese Bemerkung auf eine Person bezogen sein soll.

Heiratsverordnungen für Offiziere. Ueber das Heiraten der Militärpersonen des preussischen Heeres ist eine neue Verordnung des Kaisers ergangen, deren wichtigste Bestimmungen nach der „National-Zeitung“, wie folgt, lauten: Die Erlaubnis zur Heiratung eines Offiziers oder Sanitäts-Offiziers mit geringerem Gehalt als demjenigen eines Hauptmanns (Mittmeisters) 1. Gehaltsklasse darf nur dann nachgesucht werden, wenn zuvor der Nachweis geführt ist, daß der Offizier oder Sanitäts-Offizier ein außerordentliches Einkommen hat, das mindestens betragen muß: bei einem Hauptmann (Mittmeister) 2. Gehaltsklasse und bei einem Distrikts-Offizier der Landgendarmarie mit einem Gehalt von 4500 M. jährlich 1600 M., bei einem Distrikts-Offizier der Landgendarmarie mit einem Gehalt von 3300 M. jährlich 2100 M., bei einem Oberleutnant und Leutnant einschließlich Oberjäger und Feldjäger des Reitenden Feldjäger-Corps jährlich 2500 M.

Ein Mittmeister mit 4500 M. Gehalt wird also nicht für fähig gehalten, eine Familie begründen und ernähren zu können. Das Existenzminimum beträgt vielmehr 6000 M. Raucher Beamte, der mindestens den gleichen Bildungsgrad wie ein Offizier besitzt, muß mit beträchtlich weniger auskommen. Dafür trägt er auch nicht den vornehmsten Red.

Ein Generalsabtwerk über den China-Krieg unter kaiserlicher Redaktion. Ein Generalsabtwerk über die China-Expedition ist gegenwärtig im Entstehen begriffen. Auch die Kommissarien der Expedition wurden angewiesen, über Ergebnisse, Beobachtungen usw. Bericht zu erstatten, ja bei den Kontrollversammlungen wurden die Leute befragt, ob sie Briefe, Karten oder sonst welche Andenken aus China besitzen. Dem Generalstab sei die leihweise Ueberlassung des Materials sehr erwünscht. Nach der „Weser-Zeitung“ wird das Werk reich illustriert sein und in mehreren Bänden erscheinen. Der Kaiser nimmt lebhaften Anteil an der Arbeit und hat sich wiederholt über den Stand derselben Vortrag halten lassen. Das wertvollste Material hat Graf Waldersee geliefert. Die einzelnen Manuskript-Abteilungen werden vor dem definitiven Abschluß stets dem Kaiser vorgelegt.

Noch keine Binnenlandflotte. Die „Aölnische Zeitung“ meldet aus Berlin 3. Juli: Berliner Blätter haben wieder einmal die Nachricht ausgereut, daß künftig zwei Torpedoboote auf dem Niederrhein dauernd stationiert werden sollen. Auch jetzt hat die Mitteilung, wie wir auf Grund zuverlässiger Erkundigung feststellen können, keinen tatsächlichen Untergrund; sie ist ebenso unwichtig, wie die älteren Behauptungen dieser Art.

Zur heftigen Wahlreform. Aus Darmstadt, 2. Juli, wird uns geschrieben: Die heute begonnene zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage hat, wie bereits telegraphisch gemeldet, zur definitiven Ablehnung der fünf neuen städtischen Mandate mit 27 gegen 19 Stimmen (es ist Zweidrittel-Majorität erforderlich) geführt. Die gegen die Vernehmung stimmenden Abgeordneten setzten sich aus antisemitischen Concurbündlern und national-liberalen Agrariern zusammen. Nur

die wenigsten von ihnen hatten, wie die nationalliberalen Abgeordneten Jödel, Heidenreich, Koch und Wöllinger, den Mut, sich als offene Feinde des direkten, gleichen Wahlrechts zu bekennen. Der größere Teil versuchte sich öffentlich als Freund des direkten Wahlrechts aufzuspielen, um der Reform um so sicherer hinterherum ein Bein stellen zu können.

Unsere Redner, die Hgg. David und Ulrich, betrachteten es als ihre Aufgabe, diesen Herrschaften die Maske vom Gesicht herunterzureißen, was ihnen auch bestens gelang. Insofern war die Debatte von größtem Wert, als sie die heimlichen Gegner der direkten Wahl nötigte, Farbe zu bekennen. Wir werden nach Erledigung der Vorlage auf die reaktionären Bekenntnisse schöner Seelen noch eingehender zu sprechen kommen. Die unwürdige Komödie, die insbesondere die nationalliberale Partei in der ganzen Wahlrechtsangelegenheit spielt, verdient weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt zu werden.

Was die prinzipielle Haltung unsrer Partei zu den Abstimmungen der zweiten Lesung anlangt, so gab Hgg. David namens der Fraktion die Erklärung ab, daß wir, um das Zustandekommen des ganzen Reformwerkes unsrerseits nicht zu gefährden, nunmehr für die Anträge der Ausschüsse stimmen würden. Sei es der Regierung erst mit der Einführung der direkten Wahl, so könne und müsse auch sie auf dem Boden der Ausschüsse eine Verständigung anstreben. Die Regierung hätte sich demgegenüber in weises Schweigen. — Morgen Fortsetzung und voraussichtlich Schluß der zweiten Lesung, die zugleich die letzte ist.

Während gestern das Zustandekommen der Wahlreform unschicklich schien, ist sie am Donnerstag dennoch beschlossen worden.

Ein Privattelegramm meldet uns: Die Wahlreform wurde mit 82 gegen 4 Stimmen definitiv angenommen. Die Wahlkreisregelung wird einem besonderen Gesetz vorbehalten.

Das Wolffsche Bureau berichtet über die Donnerstagssitzung: Die zweite Kammer schloß nach zweitägiger, teilweise sehr erregter Debatte die zweite Lesung der Landtagswahl-Gesetzvorlage zu Ende. Der Artikel 4, welcher die Einführung der allgemeinen direkten und geheimen Landtagswahlen vorsieht, wurde mit 88 gegen 2 Stimmen angenommen. Die bei der ersten Lesung beschlossene Wahlpflicht wurde dagegen mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Da über die künftige Zusammenfassung der zweiten Kammer Einigung nicht erzielt wurde, nahm die Kammer mit großer Majorität einen Antrag an, wonach das zur Zeit bestehende Wahlgesetz noch bis zum 31. Dezember 1907 Gültigkeit behalten soll. Bei der Schlußabstimmung fand das neue Wahlgesetz, wie es aus den Beschlüssen der zweiten Kammer hervorgeht, mit 82 gegen 4 Stimmen Annahme.

Die Reaktion in Baden. Der „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Karlsruhe: Die Verfassungskommission hat sich in Gegenwart von Regierungsvorstellern mit der Frage des direkten Wahlrechts zum Landtag beschäftigt. Soweit aus der vertraulichen Sitzung bekannt wird, hat Minister Schenkel über den Inhalt des für den nächsten Landtag in Aussicht stehenden Gesetzentwurfes überaus rückfällige Gedanken geäußert. Er hat allerdings unerbittlich gesprochen; doch verteidigt er die Forderung der Pluralwahl, des Censur und des mehrjährigen Aufenthalts des Wählers im Lande. Die Angelegenheit wird in den nächsten Tagen im Landtag zur Verhandlung gelangen, der am 10. Juli geschlossen wird.

Die Nachricht vom Rücktritt des bayerischen Kultusministers v. Landmann soll, wie die Münchener „Allg. Ztg.“ offiziell schreibt, völlig aus der Luft gegriffen sein.

Ausland.

Neue Revolution in Rußland.

Neber einen neuen Verzweiflungsausbruch des hungernden Volkes wird aus Petersburg vom 1. Juli gemeldet:

In Koston am Don, Gouvernment Jelaterinoflaw, sind in den letzten Tagen erste Unruhen ausgebrochen. Eine beträchtliche Anzahl Arbeiter drang in mehrere Fabriken ein, plünderte und zerstörte dort alles und zerbrach die Maschinen; gleichzeitig plünderte das Landvolk in der Umgegend die Häuser der Gutbesitzer und Pächter. Militär mußte einschreiten, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Soldaten schossen in die Menge und töteten oder verwundeten eine große Zahl der Aufständigen. Die Landleute sowie die Arbeiter waren aufgewiegelt worden und wurden bei den Ausschreitungen gefürchtet durch Fremde, die eine Phantastik-Uniform und Ordensauszeichnungen trugen und sich als Sendboten des Zaren ausgaben. Sie redeten den Massen ein, die Maschinen seien nur ein Mittel, um die Zahl der Arbeiter immer mehr zu beschränken und den Ruin der Armen herbeizuführen, worüber der gütige Herrscher selbst tief betrübt sei. In einem großen Teile von Süd-Rußland, namentlich in den Gouvernements Charlow, Peltawa, Kiew, Woronesch, Saratow, Cherson, Jelaterinoflaw, sowie im nördlichen Kaukasus, macht sich bei dem niederen Volke eine gefährdrohende Gärung bemerkbar.

Sobald die Einzelheiten der Wildung richtig sind, handelte es sich bei den Revolutionen um den elementaren Verzweiflungsausbruch der Massen, aus deren Mitte sich Führer erhoben, die in ihrer naiven Weise das Reich der Revolution predigten, wobei sie den „gütigen“ Zaren für sich reklamierten.

Noch eine andre Nachricht, die freilich noch sehr der Beglaubigung entbehrt, jagt indirekt von der tiefen revolutionären Erschütterung Rußlands.

Einer Petersburger Meldung des „Daily Express“ zufolge herrscht in der russischen Hauptstadt großes Aufsehen über einen außerordentlichen Schritt des Zaren, der, ohne die Proteste der Minister zu beachten, beabsichtigt, über 200 Personen aus allen Ständen der russischen Bevölkerung in Privataudiens zu empfangen, darunter Universitätsprofessoren, Redacteure, Publizisten und sogar politische Gefangene und Leute, die in den Volksteilisten als verdächtig bezeichnet werden. Der Zar sei durch die Morde gegen Minister, sowie durch die häufig wiederkehrenden feindseligen Kundgebungen im ganzen Reiche beunruhigt worden und habe sich entschlossen, von der Ostradition abzugehen und in persönlichen Unterredungen mit Vertretern des Volkes sich ein Bild davon zu machen, was getan werden müsse, um die Ruhe in Rußland wieder herzustellen. Die zu den Unterredungen eingeladenen Personen würden aufgefordert werden, frei und rückhaltlos ihre Ansicht zu äußern, wie der Not und Unzufriedenheit in den unteren Klassen der Bevölkerung Rußlands abgeholfen werden könnte und allgemeine Reformen vorzuschlagen. Der Zar sei von seiner Gemahlin zu diesem Schritte ermutigt worden.

Diese Entschließung des Zaren wäre zu vernünftig, als daß sie ohne weiteres als glaubhaft erschiene. Allerdings müßte der Zar, falls er wirklich den Weshwerden des Volkes sein Ohr liehe, auch den ersten Willen haben, die geeigneten Schritte zu deren Befreiung zu unternehmen. Mit ein paar philantropischen Utafen wäre es natürlich nicht getan, sondern dem Volke müßte durch die Einführung eines demokratischen Repräsentationssystems die Möglichkeit der Selbsthilfe gegeben werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die Intervention der Krone.

—St.— Wien, 1. Juli. Herr v. Koerber hat sich gegen seinen stürzigen ungarischen Kollegen Hilfe geholt: der Kaiser hat die verfeindeten Minister gestern zusammengebracht. Herr v. Szell kam gestern in Wien an, um dem Kaiser, der morgen auf zwei Monate nach Jßhl übersteht, Vortrag zu halten. Vorher hatte der ungarische Ministerpräsident sehr bestimmt erklären lassen, seine Reise nach Wien habe keinen besonderen Zweck; er komme nur, wie jedes Jahr, um über die laufenden Angelegenheiten zu berichten, und es sei ganz ausgeschlossen, daß er die Gelegenheit benütze werde, um die abgebrochenen Ausgleichsverhandlungen aufzunehmen. Diese offenkundige Mißachtung war nun Herrn v. Koerber gar zu unangenehm und er rief deshalb die Hilfe des Kaisers an. Bevor Herr v. Szell zur Audienz kam, war schon Herr v. Koerber dort gewesen, und es ist nicht schwer zu erraten, was er dem Kaiser verlangte: daß dieser den passiven Widerstand des Ungars breche. Der Kaiser beschloß nun nachmittags beide Minister zu sich, lud dazu den Grafen Soluchowski ein, und in dieser dreifürstlichen Unterredung soll eine Stimmung herbeigeführt worden sein, die eine Wiederaufnahme der Verhandlungen möglich macht.

Sobald sich die Krone in den Ausgleichsstreit mengt, hat Herr v. Koerber das Spiel schon verloren. Insofern, da er die Intervention schon jetzt anrufen mußte: nur um zu den Verhandlungen zu kommen, denn damit schafft er dem Ungar die Möglichkeit, von der Krone die Unterstützung bei der sachlichen Entscheidung zu fordern. In dem entscheidenden Schritte findet Koerber nicht den Mut; das unnatürliche Verhältnis mit Ungarn zu lösen, ist er nicht der geeignete Mann. Also ist er auf Witten und Betteln angewiesen, und er wird das bekommen, was die Ungarn zu bewilligen für gut befinden werden.

Schweiz.

Ein Oxyer des Kantons Glarus. Der Rektor der Berner Universität, Professor Dr. Vetter, hat sich genötigt gesehen, seine Demission als Professor einzureichen, weil der Senat der Universität eine Rede, die Vetter als Delegierter der deutschen schweizerischen Universitäten bei der Feier des Germanischen Museums gehalten hatte, wegen der durch sie provozierten „belebendsten Mißverständnisse“ aufs lebhafteste bedauern zu müssen erklärt hatte. Die Rede Vetters erschien dem Senat als allzu pangermanisch politisch anstößig. Wir vermögen in den Berichten, die über die Ansprache vorliegen, ein derartiges Delikt nicht zu entdecken. Vetter feierte danach zwar die geistige Zusammengehörigkeit der deutschen Schweiz mit Deutschland, ohne indes auch nur die geistige Autonomie der Schweiz irgendwie preiszugeben. Das Tadelvotum des Senats kann uns deshalb nur als Ausfluß nationaler Hyperempfindlichkeit erscheinen.

Freilich scheint Prof. Vetter selbst seiner Sache dadurch einen schlechten Dienst geleistet zu haben, daß er gegen eine Kagenmüßigkeit, die ihm Berner Studenten aus dem gleichen Motive brachten, schleimig die Polizei mobil machte, die mit den pseudo-patriotischen entflammten Jünglingen nicht allzu sauberlich verfahren sein soll.

Frankreich.

Die franco-italischen Beziehungen und der Dreibund bildeten den Gegenstand einer Erklärung Delcassés in der Donnerstagssitzung der Deputiertenkammer. Auf eine Anfrage Chastanets, welche Einflüsse die Erneuerung des Dreibundes auf das Verhältnis Frankreichs zu Italien gehabt habe, erklärte der Minister des Aeußeren, daß nach der Beendigung des wirtschaftlichen Krieges das beste Einvernehmen bestehe, wenn auch beide Staaten ihre völlige Unabhängigkeit wählten.

Als der Augenblick der Erneuerung des Dreibundes herannahte, habe die Regierung sich durch Erklärungen von Italien selbst die Gewißheit verschafft, daß die Beziehungen dadurch keine Aenderung erfahren würden und daß Italien sich niemals zu einer Angriffspolitik gegen Frankreich herbeilassen würde.

Italien.

Die Kommunal- und Provinzialwahlen in Rom haben, wie bereits mitgeteilt, mit einem Siege der gemäßigten Liberalen gedeut; es gelang nur, einen einzigen Kandidaten der äußersten Linken durchzubringen. Seit Jahren war nie so energisch um die Siege gekämpft worden, als diesmal, namentlich waren die Liberalen mit großem Eifer in den Kampf eingetreten. Obgleich die Sozialisten und Radikalen unterlegen sind, haben sie doch einen nicht unerheblichen Zuwachs an Stimmen aufzuweisen. Bei den letzten Wahlen im Juni 1899 entfielen auf die Kandidaten der „Volkspartei“ im Minimum 3008, im Maximum 3461 Stimmen, bei der jetzigen Wahl erlangten ihre Kandidaten im Minimum 3164, im Maximum 4182. Von den Wahlen im Lande sind noch folgende Resultate bekannt: in Bologna siegte die Liste der „Volkspartei“ mit einer Majorität von 1500 über die Reaktionäre; es wurden gewählt 22 Radikale und 5 Sozialisten. In Neu-Modena siegte die Liste der Sozialisten gegen alle andern mit einer Mehrzahl von 150 Stimmen. In Montassieve wurden 9 Sozialisten und 6 Moderierte gewählt. In Refrancore wurden 6 Sozialisten gewählt.

Monarchenbesuche. Der König von Italien will sich nach bekannten Plänen ebenfalls auf die Reise begeben. Er beabsichtigt zunächst in Petersburg vorzutreffen, sich dann nach Berlin zu begeben und schließlich, sofern nicht eine Katastrophe eintreten sollte, auch Eduard VII. einen Rekonvaleszenzbesuch abzustatten. Der Minister des Aeußeren, Prinetti, wird den König begleiten.

Wie der Wiener Korrespondent der „Morning Post“ aus amtlicher Quelle erfahren haben will, soll die Reise auf die direkte Einladung des Zaren und des deutschen Kaisers erfolgen. Der Zar sowohl wie Wilhelm II. sollen gleichzeitig die Versicherung abgegeben haben, daß sie überflüssig eine Gegenvisite in Rom abstatten würden. Es ist ja jetzt die Reiseaison, irgendwelche politische Bedeutung dürften die Besuche schwerlich haben.

Asien.

Die Wandschreit-Konvention ist nunmehr in Petersburg von den beteiligten Mächten ratifiziert worden. Eine Meinungsverschiedenheit soll gleichwohl noch über die Beibehaltung der fremden militärischen Direktoren bei der sinesischen Nordbahn unterändert fortbestehen. England drängt auf ihre Beibehaltung, während Rußland ihre Abberufung fordert.

Afrika.

Die Pacifikation Südafrikas.

Aus Pretoria wird berichtet: Das Land nimmt wieder sein frühere Aussehen an, nachdem der Belagerungs- zustand aufgehoben ist. Man kann jetzt die Stadt ohne behördliche Genehmigung betreten und verlassen. Die Eisenbahn wurde wieder unter Civilverwaltung gestellt.

Wie aus Kapstadt gemeldet wird, ist der Dampfer „Canaba“ mit 400 Boeren an Bord, aus St. Helena kommend, gestern in der Simonsbai eingetroffen.

Das Kriegsamt veröffentlicht aus Südafrika eine Verlustliste, welche zwei Tote, drei Verwundete und einen Vermissten umfasst. Man weiß nicht, ob diese Verlustliste von einem Kampfe herrührt und wo dieser eventuell stattgefunden haben soll.

Partei-Nachrichten.

Unser Genosse Wilhelm Swienty in Halle ist einem tragischen Schicksal zum Opfer gefallen. Derselbe erkrankte vor einiger Zeit schon an einer schweren Blinddarmentzündung. Es gelang jedoch der ärztlichen Kunst, ihn wieder herzustellen und er

war etwa 14 Tage lang wieder in der Lage, seiner Berufstätigkeit als Redacteur am „Volkstblatt“ nachzugehen. Da warf den kaum Genesenen abermals eine Krankheit nieder. Der Arzt stellte fest, daß unser Genosse am Typhus erkrankt sei und ordnete seine Ueberführung in ein Krankenhaus an. Diese Ueberführung sollte gestern vor sich gehen. Am Morgen hatte es den Anschein, als hätte der Zustand des Kranken sich etwas gebessert, das Fieber war gesunken, der Kranke war ganz heiter. Die Gattin unseres Genossen verließ ihn deshalb einen kurzen Augenblick, um eine notwendige Besorgung im Haushalte vorzunehmen. In dieser Zeit muß der Kranke einen plötzlichen Angstfall bekommen haben; er versuchte, um sich Luft zu schaffen, das Fenster und eilte nach dem Fenster. Seine Gattin, beinahe eine Tochter unseres unbegreiflichen Lieblichen, trat gerade durch die Stubenthür in das Zimmer zurück, als unser kranker Genosse am Fenster das Gleichgewicht verlor und so unglücklich zusammenbrach, daß er zum Fenster hinausstürzte. Bei dem Sturze aus der Höhe von 2 Etagen zog er sich derartige Verletzungen am Kopfe zu, daß er auf dem Wege nach der Klinik verstarb.

Mit Swienty verliert die Partei einen ihrer fleißigsten und zweifellos auch intelligentesten jüngeren Vertreter. Der noch nicht 24jährige hat sich namentlich große Verdienste um die Handlungsgehilfen-Bewegung erworben und auch eine Zeilung des Organ des Verbandes, das „Handlungsgehilfenblatt“ redigiert. Den Berliner Genossen ist er besonders aus seiner Thätigkeit im sechsten Wahlkreise bekannt. Im Jahre 1898 siebte er nach Halle über, um in die Redaktion des „Volkstblatt“ einzutreten. Hier blieben ihm die Ehrenbezeugungen, welche die bürgerliche Gesellschaft an socialistische Redacteure zu vergeben hat, die Gefängnisstrafen, nicht erspart; nicht weniger als zehn Monate mußte er einmal hintereinander abmachen. Aus dieser Zeit rührt wahrscheinlich auch sein Leiden her. Er erkrankte im Gefängnis an einer Unterkieferkrankheit, die der Arzt als „Kolik“ bezeichnete. Einige Zeit nach seiner Entlassung stellten sich ernste Beschwerden ein, und die Ärzte konstatierten eine Blinddarmentzündung, welche eine schwere Operation notwendig machte. In ursächlichem Zusammenhang damit stand wohl auch seine letzte Erkrankung am Unterleibstypus. Swienty selbst mag zur Verschlimmerung seines Zustandes sehr viel beigetragen haben; die Partei- und Gewerkschaftsbewegung ging ihm über alles, so daß er sich in keiner Weise schonte. — Um so schwerer entbehrt die Partei den unerfindlichen Kämpfer. Mit ihr trauert an der Waise die Witwe mit einem Kinde.

Mit den Stadterordneten-Wahlen in Frankfurt a. M. beschäftigte sich eine außerordentliche Generalversammlung des dortigen socialdemokratischen Vereins. Redacteur Jizowoll legte eine vom Vorstande des Wahlvereins und dem Agitationskomitee beschlossene Resolution vor, in der ein Zusammengehen mit den Demokraten abgelehnt wurde. Diese Resolution wurde von der stark besuchten Versammlung mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Ursache dazu, daß unsere Genossen die Aufstellung einer gemeinsamen Liste ablehnten, ist einmal die Thatsache, daß die demokratischen Wähler wohl die Unterstützung ihrer Kandidaten durch unsere Parteigenossen gern sehen, ihrerseits aber die socialdemokratischen Kandidaten auf der gemeinsamen Liste durchfallen lassen, andererseits die Erwägung, daß gerade die Demokraten und Freisinnigen im Frankfurter Stadtparlament fast alle Anregungen und Anträge unseres Genossen Quard, der dort die Socialdemokratie vertritt, erdarmungslos zu Fall brachten. Da man unsern Genossen nicht zumuten kann, direkte Begner ihrer Bestrebungen zu wählen, beschloß man, allein in den Wahlkampf zu ziehen; für etwaige Stichwahlen behielten sie sich den Vorschlag vor.

Partei-Presse. In die Redaktion der Chemnitzer „Volkstimme“ ist der Genosse Gustav Koste aus Königsberg eingetreten.

Aus Industrie und Handel.

Vom rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt bringt die „Voss. Zeitung“ einen Bericht, in dem es heißt: „Seit dem Niedergange der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ist die Absatznotdung auf den Kohlenmärkten wohl nie so groß gewesen, als in der letzten Zeit. Wähten bisher nur die Magerkohlenzweigen keinen Absatz für ihre Förderung, so leiden unter derselben Katastrophe gegenwärtig fast ebenso sehr die Fettkohlenzweige. Die Bechenbahnhöfe stehen jetzt wieder Tage lang dicht voll von beladenen Kohlenzügen, so daß leere Wagen nicht mehr zugewiesen werden können. Die Förderung muß häufig eingestellt werden, weil alle Wagen gefüllt sind und nicht abgeholt werden können. Die Kohlenhauer in der Grube können ihre Kohlen nicht zu Tage fördern und müssen entweder mühsig in der Grube liegen oder feiern. Die Ursache dieser unerfreulichen Erscheinung liegt zum Teil in den Betriebs-einschränkungen, welche die Eisenwerke infolge der gegenwärtig stattfindenden Inventuraufnahmen haben eintreten lassen, zum größeren Teil aber noch in dem stetig abnehmenden Kohlenverbrauch der heimischen Verbraucher. Die letzteren beziehen nur die unbedingt notwendigen Mengen, da sie die bereits vorhandenen Vorräte nicht noch vermehren wollen. Es stellt sich jetzt immer mehr heraus, daß viele Eisenwerke beim Abschließen der neuen Lieferverträge sich zur Abnahme größerer Mengen verpflichtet haben, als sie jetzt wirklich brauchen. Verleitet worden sind sie hierzu durch die inzwischen getäuschte Hoffnung, daß im Laufe des Jahres eine entscheidendere Besserung in der Lage des Eisenmarktes eintreten werde.“

Der Bericht bestätigt völlig die kürzlich vom „Vorwärts“ gegebene Uebericht über die Lage des rheinisch-westfälischen Kohlenmarktes.

Aus dem Walliser Kohlenrevier. Nach Meldung der „Industrie“ haben die Vertreter der Grubenarbeiter in Südwales am 1. Juli die bestehende Lohnabmachung (sliding scale) gekündigt. Sie läuft somit am 31. Dezember ab, nachdem sie mit geringen Aenderungen seit dem 28. Mai 1875 in Kraft war. Die Arbeiter schlagen für die Lohnregulierung die Einrichtung eines Ausschusses vor, der aus 24 Vertretern und 24 Vertretern der Arbeiter mit einem unabhängigen Vorsitzenden bestehen soll. Sie verlangen, daß 40 Proz. über dem Lohndurchschnitt des Jahres 1879 als Mindestlohn und 70 Proz. über diesem Durchschnitt als Höchstlohn zu gelten haben. Wie es heißt, soll noch fraglich sein, ob die Grubenbesitzer sich diesen Vorschlägen fügen werden, obgleich vorläufig geringe Aussicht vorhanden ist, daß der Lohn auf den von den Grubenbesitzern vorgeschlagenen Mindestbetrag sinke.

Der Außenhandel Deutsch-Osafirias weist für 1901 einen Rückgang von 1 1/2 Millionen, d. h. 10 Proz., gegenüber dem Jahre 1900 auf. Die Einfuhr hat um 1 920 000 M. abgenommen, die Ausfuhr dagegen ist um 330 000 M. gestiegen. Die Einfuhr in den Schutzgebieten hängt in der Hauptsache ab von den Aufwendungen, die im Reichshaushalts-Etat für die Schutzgebiete gemacht werden.

Vom amerikanischen Eisenmarkt meldet die „Nachzeitung“ „Iron Age“: Die Lage in Rußland wird durch den Kohlenarbeiter-Ausstand ernstlich in Mitleidenschaft gezogen; es sind deshalb große Mengen von schottischem, englischem und deutschem Eisen in Rußland gegeben worden. Die Ocean-Dampfer sind bis zum September voll besetzt. Die Einfuhr von ausländischem Stahl hält in mäßigem Umfange an. Die Nachfrage nach Stahlzylinder übersteigt den Vorrat um ein Bedeutendes.

Sociales.

Die Verhältniswahl beim Gewerbegericht soll nun auch in Ludwigshafen a. Rh. zur Einführung gebracht werden. In der letzten Stadtratssitzung wurde eine Kommission beauftragt, zur

Entgegennahme von Vorschlägen zur Abänderung der Gewerbeverordnungen nach dieser Richtung hin mit den Interessenten in Verbindung zu treten.

Die Arbeitshätigkeit in den bayerischen Strafanstalten. Die eben erschienene amtliche Uebersicht über die Arbeitshätigkeit in den Strafanstalten und in den Arbeitshäusern Bayerns nach dem Stande vom 31. Dezember 1901 ergibt: Die Gesamtzahl der männlichen Gefangenen betrug 7840. Hier von waren unbeschäftigt 410. Beschäftigt waren: für den eigenen Bedarf der Anstalten 1395; mit landwirtschaftlichen Arbeiten, gewöhnlichen Tagelohnarbeiten, sowie mit Arbeiten für Rechnung des Staates 2638; für Anstaltsbeamte und -Bedienstete 112; für Rechnung von Gewerbetreibenden 2710 (davon u. a.: 189 mit Weberei, 280 mit Schuhmacherei, 180 mit Hutmacherei, 109 Pantoffelfabrikation, 63 mit Schloßerei, 218 mit Holzschneiderei, 295 mit Goldleistenfabrikation, 229 mit Brillengestell-Fabrikation, 89 mit Korbflechterei, 69 mit Raffinab-Fabrikation, 91 mit Kartonnage- und Buchbinderei, 215 mit Ditten-fabrikation, 200 mit Maschinenstricken u. c.); für Rechnung der Anstalten zum Verkauf an Gewerbetreibende waren beschäftigt 46 und zwar mit Seilereien; endlich für Rechnung der Anstalten zum Verkauf überhaupt, dann für Rechnung von Privaten 514 (darunter 192 mit Weberei, 78 mit Schneiderei, 62 mit Korbflechterei, 130 mit Steinbauern u.). Die Gesamtzahl der weiblichen Gefangenen belief sich auf 991. Davon waren unbeschäftigt 33. Beschäftigt waren: für den eignen Bedarf der Anstalten 173; für Rechnung des Staates 88; für Rechnung von Gewerbetreibenden 401 (davon 45 mit Ditten-fertigung, 71 mit Maschinenstricken, 268 mit weiblichen Handarbeiten); für Rechnung von Privaten 273 (davon 242 mit weiblichen Handarbeiten).

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften

sind seiner Zeit ins Leben gerufen worden, um ein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften zu bilden. Indem man künstlich einen Gegensatz zwischen christlichen und andersdenkenden Arbeitern konstruierte, suchte man unter dem Banner christlicher Gewerkschaften die Arbeiter in den katholischen Gegenden zu vereinigen, um sie, die nach einer Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen verlangen, vor dem Beitritt zu den freien Gewerkschaften und dem Einfluß der Sozialdemokratie zu schützen, und sie als willige Gefolgschaft der Centrumspartei zu erhalten. Wenn trotzdem in einem Teil der christlichen Gewerkschaften ernsthafte Gewerkschaftsarbeit betrieben worden ist, so geschah das aus Drängen der Massen. In der Absicht der Führer — wenigstens derjenigen, die hinter den Kulissen der gewerkschaftlichen Bühne ihr Wesen treiben — lag das sicher nicht. Die katholischen Arbeiter unter falschen Vorwänden absondern von ihren andersdenkenden Klassenangehörigen, mit denen sie durch die gleichen wirtschaftlichen Interessen verbunden sind; sie hindern, ihre Klasseninteressen unter sachgemäßer Führung zu vertreten: Das war und ist die Absicht der Macher in den christlichen Gewerkschaften. Diese Absicht kam auch jetzt wieder auf dem Kongress in München mit voller Deutlichkeit zum Ausdruck. Nicht nur christliche Gewerkschaften, sondern auch christliche Konsumvereine möchte man gründen, wenn auch dieser Plan einstweilen noch nicht verwirklicht werden kann. Um sich den Anschein von Vertretern der Arbeiterinteressen zu geben, suchen die christlichen Führer alle Einrichtungen der freien Gewerkschaften nachzuahmen. Dabei vergessen diese Leute nur das eine: daß es nicht die Einrichtungen, nicht die äußeren Formen sind, welche die Erfolge der freien Gewerkschaften bedingen, sondern daß es vielmehr der in diesen Organisationen herrschende Geist ist, welcher ihr Wachstum und ihre Erfolge bedingt. In dieser Hinsicht gilt auch für die christlichen Gewerkschaftsführer der bekannte Satz aus dem Wallenstein: „Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat ihr ihm glänzlich abgeguckt.“ — Auch ein Reichs-Arbeitersekretariat wollen die christlichen Gewerkschaften einrichten, damit die christlichen Arbeiter um Himmelswillen nicht in die Lage kommen, ihre gesetzlichen Ansprüche vor dem Reichs-Versicherungsamt durch einen vielleicht nicht christlichen, dafür aber um so sachkundigeren Arbeitersekretär der freien Gewerkschaften vertreten zu lassen. Der salbungsvolle, aber recht unpraktische evangelische Theologe Mumm wird dafür sorgen, daß die Absonderung der christlichen Arbeiter auch in dieser Hinsicht durchgeführt werde. Ob die betreffenden Arbeiter von dieser Einrichtung Nutzen haben werden, das ist eine andre Frage.

Die Macher in den christlichen Gewerkschaften betreiben in erster Linie die Geschäfte der Centrumspartei. Das läßt sich mit ernsthafte Gewerkschaftsarbeit natürlich nicht vereinigen, und die Folgen dieser Art von Gewerkschaftsbewegung haben sich denn auch gerade in jüngster Zeit gezeigt. Sie kamen ganz besonders scharf zum Ausdruck in der Stellung, welche die katholischen Arbeiter einerseits, die Centrumspartei und mit ihr die maßgebenden Führer der christlichen Gewerkschaften andererseits zur Zollvorlage einnahmen. Dieser Gegensatz führte denn auch in München zu lebhaften Debatten. Wieder, der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes, der in seinem Blatte gegen die Protivucherpolitik des Centrums eingetreten war und deshalb von Weiskopf und Wiesner, den allseitig getreuen Centrumsknappen, heftig bescholten wurde, ist abgesetzt worden, während man seinen Protivucher freundlichen Gegnern durch Wiederwahl in den Ausschuß des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften ein Vertrauensvotum erteilte. Die Delegierten, welche diesem Vertrauensvotum zustimmten, mögen sich der principielle Bedeutung ihres Beschlusses wohl nicht bewußt gewesen sein, denn es ist sicher anzunehmen, daß ihre Mandatgeber nicht einverstanden sind mit der Maßregelung des Mannes, der energisch gegen die vom Centrum beschlossene Protivucherpolitik eingetreten ist.

Die unvereinbaren Gegensätze zwischen Centrumspolitik und Interessensvertretung der Arbeiter sind es, die ein Bedenken der Heißhühner Sonderorganisation in der Gewerkschaftsbewegung ausschließen. Die Debatten in München haben ja auch gezeigt, daß es mit den christlichen Gewerkschaften ungenügend sieht, als die Führer es hinsetzen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wie lange sich die katholischen Arbeiter noch von ihren der Centrumspartei ergebenen Führern leithammeln, und wie lange sie sich noch einreden lassen, daß sie, abgesehen von ihren andersdenkenden Klassenangehörigen, ja im Gegensatz zu diesen, ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten können. Die mächtigen Thatsachen sprechen deutlicher als salbungsvolle Redner, und diese mächtigen Thatsachen werden auch die Arbeiter in den jetzt noch vom Centrum beherrschten Gegenden zu der Erkenntnis bringen, daß die Arbeiter ohne Unterschied der religiösen Meinungen zusammen gehören, wenn es gilt, ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Form der Ritz & Werkzeug-Maschinenfabrik, 41 an der Zahl, befinden sich im Abwehrstreik. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Gusspufer! Wegen Weigerung, Arbeiten von jetzt ab um 50 Proz. billiger herzustellen, sind die Gusspufer der Firma Gebr. Arnoldt, Hennstr. 21, Eisengießerei und Maschinenfabrik, am Mittwoch entlassen worden. Inzug ist fern zu halten. Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft, Ortsverwaltung Berlin.

Elektronenteure! Der Streik bei der Firma Hardegen ist zu Gunsten der Streikenden beendet.

Deutsches Reich.

Zu Gunsten der Ausgesperrten in Kiel hat, wie wir bereits mitteilten, ein erheblicher Teil der Kieler Einwohner eine von drei großen Volksversammlungen angenommene Resolution an den Magistrat gerichtet, worin dieser ersucht wird, zur Verhinderung der Wohnungsnot, die durch die Aussperrung herbeigeführt wird, städtischer Wohnungen zu bauen. Die Antwort, die der Magistrat auf diese Resolution erteilt hat, zeugt von einer so hochgradigen Unverständlichkeit für sociale Dinge, daß die Kieler Bevölkerung mit Recht dagegen Protest erhob. Der Magistrat beschließt nämlich, Bauhandwerker, welches sich im städtischen Bezirk befindet, zu einem verhältnismäßig niedrigen Preise an Privatunternehmer zu verkaufen, um dadurch die Baukosten anzuheben. Das heißt also: Zu Gunsten einiger Bauunternehmer, die dabei ein gutes Geschäft machen können, soll sich die Stadt ihres Grundbesitzes entäußern. Drei große von 7000—8000 Einwohnern Kiels besuchte Versammlungen, die am letzten Dienstag stattfanden, nahmen Protestresolutionen gegen den bezeichneten Magistratsbeschluss an. Im übrigen beschließen die Versammlungen den ausgesperrten Bauhandwerkern ihre Sympathie aus. Eine interessante Episode in den Versammlungen bildete das Eingreifen des italienischen Abgeordneten Cabini, der als Vertreter der vereinigten Arbeitssammern Italiens, einer Körperschaft analog der General-Lommission der deutschen Gewerkschaften, erschienen war, um den ausgesperrten Bauhandwerkern die sympathischen Grüße des organisierten italienischen Proletariats zu überbringen und zugleich im Namen der anständigen Arbeiterschaft seines Vaterlandes seinen Schmerz und seine Entrüstung über die unvorsichtige Rolle Ausdruck zu geben, die die italienischen Streikbrecher in dem gegenwärtigen Lohnkampf spielen. Angelo Cabini war nachmittags von Lübeck, wo er sich auf der Durchreise nach einem Gewerkschaftskongress in Stockholm befand und wo ihn die Kunde von den Kieler Verhältnissen erreichte, in Kiel eingetroffen. Da sein Erscheinen vorher nicht bekannt geworden war, entging er dem Schicksal der englischen Maschinenbauer, die vor einigen Jahren gelegentlich des großen englischen Maschinenbauer-Streiks in Kiel hatten sprechen wollen, aber verhaftet und ausgewiesen worden waren. Cabini kam in allen drei Versammlungen zu Wort.

Das Gewerbeamt will in der Angelegenheit der Ausgesperrten einen erneuten Einigungsversuch machen.

Steinseher. Der Steinsehermeister Haase in Schönebeck a. E. hat sich veranlaßt gesehen, die Accorpreise plötzlich um 2 Pf. pro Quadratmeter herabzusetzen. Es sind deshalb Differenzen ausgebrochen.

In Hanover sollten die bei der Firma Conrad beschäftigten Leute mit einer rigorosen Arbeitsordnung bedacht werden. Alle bis auf einen haben die Arbeit niedergelegt, um sich dem Ansinnen des Arbeitgeber zu widersetzen. Inzug ist fernzuhalten.

Gewerkschafts-Zeitung.

Eine große Auflage wegen Wucher und Betrugs, welche die IV. Strafkammer des Landgerichts I in gebührender Sitzung beschließen soll, hat vorgestern ihren Anfang genommen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Oppermann, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Hellwig, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwalte Dr. Davidsohn und Eissner. Aus der Untergerichtsbarkeit wurde der Agent Heinrich Johann Hinrichs vorgeführt, ein zweiter Angeklagter, der Buchhalter Karl Roebis, hat nicht ermittelt werden können. Aus der Vernehmung des Angeklagten Hinrichs ging folgender Thatbestand hervor: Er stammt aus einem Dorfe im Oldenburgischen, besuchte die Dorfschule und lernte dann bei seinem Vater das Schuhmacherhandwerk. In seinem 24. Jahre erlitt er wegen Sittlichkeitsverbrechens eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren, bald nach Verbüßung der Strafe eine zweite wegen desselben Verbrechens zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus. Es folgten noch mehrere Vorstrafen wegen Betruges. Sodann schlug der Angeklagte sich bettelnd bis Berlin durch. Er lernte hier den inzwischen ermordeten Geldvermittler Vöfler kennen, wurde von diesem als „Comptoirschreiber und Bote“ angenommen und kam dadurch in eine gute Schule, um sich für seinen späteren Beruf als Geldvermittler vorzubereiten. Er lernte bald den Betrieb jener Darlehnseschäfte, bei denen durch hohe Zinsen usw. bedeutende Vermögensverluste gewonnen werden. Nach etwa Jahresfrist wurde Vöfler gefänglich eingezogen. Hinrichs mietete sich nun ein kleines Bureau in der Liegnitzstraße und begann den Betrieb selbstständig. Er annonierte besonders in Blättern, welche von Beamten gelesen werden und veränderte gedruckte Prospekte, worin er Darlehne unter Fügung der Verschwiegenheit gegen „constante“ Bedingungen verpfaßte. Die verlockende Fassung der Annoncen verhehlte nicht ihre Wirkung. Aus allen Gegenden und Städten meldeten sich Darlehnsucher. Eine gewaltige Korrespondenz wurde nach der Verhaftung des Angeklagten beschlagnahmt, im Laufe der Voruntersuchung sind über 1000 Personen vernommen worden, welche von dem Angeklagten Darlehne suchten. Sein Kundenkreis scheint aber ein viel größerer gewesen zu sein. Da er über eigene Mittel nicht verfügte, so mußte er sich, wie sein ehemaliger Lehrmeister Vöfler, nach Geldgebern umsehen, denen er selbst hohe Zinsen zahlen mußte. Das Kapital, über das er auf diese Weise verfügte, reichte auch nicht aus, um den an ihn gestellten Anforderungen seitens der Darlehnsucher gerecht zu werden, der Angeklagte hat selbst in einer seiner Vorvernehmungen eingeräumt, es sei ihm bewußt gewesen, daß er höchsten jedem zehnten Darlehnsucher werde Geld geben können. Trotzdem hat der Angeklagte fast alle, die sich schriftlich an ihn wandten, in den Glauben veretzt, daß sie Geld erhalten würden. Er ließ sich zunächst 3 bis 25 M. Auskunftsgebühren im voraus zahlen. Sodann erhielt der Darlehnsucher ein Schreiben mit den Bedingungen. Der Brief hatte folgenden stereotypen Wortlaut: „Antwortlich Ihres Begehrens werde Ihnen Am. . . . verschaffen, wenn ich über Ihre Verhältnisse günstige Auskunft erhalte. Ich lasse diese Auskunft durch ein hiesiges Bureau durchaus diskret einziehen. Das Darlehn werde Ihnen mit 6 Proz. und 2 Proz. Provision verschaffen.“ Daxon schloß sich dann das Erlauchen um Einleitung eines Geldbetrages für Auskunft, Porto usw. und um Unterchrift eines Reverses, worin der Darlehnsucher erklärte, daß er sich in seiner Notlage, sondern nur in einer vorübergehenden Verlegenheit befand. — Weit über 300 Personen haben erklärt, daß sie den Vorschlag geopfert haben, ohne auch nur das geringste Darlehn erhalten zu haben. Allerdings sind auch Darlehnsucher zu stände gekommen, doch dann verlangte der Angeklagte die Stellung eines Bürgen und wechselmäßige Verpflichtung. Er nahm auch nicht 6, sondern 100 Proz. und darüber. Eine erstaunliche Vielfältigkeit entwickelte der Angeklagte, wenn er die Darlehnsucher hinzubalken suchte. Zunächst verhielt er sich abwartend. Wurde der Darlehnsucher drängend, so erwiderte der Angeklagte bald, daß der „Krieg in Südafrika“ oder die allgemeine wirtschaftliche Lage, oder zufällige Geldknappheit „bei der Bank“ die Sache verzögert habe. Das Gesuch müsse später erneuert werden. Baldweilen wurde der Abschlus einer Lebens- oder sonstigen Versicherung zur Bedingung gemacht, sonst dauerten die Verhandlungen so lange, bis der Darlehnsucher einsah, daß er betrogen war. Bei der Eintreibung soll der Angeklagte in der schärfsten Weise vorgegangen sein. Es sind über sechzig Jungen geladen, welche von dem Angeklagten in der schärfsten Weise bewußert worden sein sollen, viele auswärtig wohnende Jungen sind auswärtig vernommen worden. Der Angeklagte bestritt, daß er von einer betrügerischen Absicht geleitet worden sei, die meisten der Geldsucher seien so wenig kreditwürdig gewesen, daß von einer Bewilligung ihres Gesuches nicht die Rede sein konnte.

Bei dem einseitigen Verlauf, den die Vernehmung naturgemäß nehmen muß, werden wir uns auf Mitteilung des Urteils beschränken.

Im Leipziger Bankprozeß brachte die gestrige Verhandlung Momente von hervorragender Bedeutung nicht ans Licht.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Reichstags-Nachwahl in Bayreuth. Ueber die gestern erfolgte Nachwahl liegt bisher nur folgendes Teilergebnat vor: Bayreuth, 3. Juli, 9 Uhr abends. (W. Z. V.) Bei der heutigen Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise II (Oberfranken) für den verstorbenen Abgeordneten Friebe wurden bisher gezählt: für Hagen (natl.) 2634 Stimmen, für Günther (freis. Wp.) 981, Feustel (Wund der Landwirtschaft) 1376 und für Hugel (Soz.) 3849 Stimmen.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1898 erhielt der National-Liberaler 6424 Stimmen, der Volksparteiler 2314 Stimmen und der Sozialdemokrat 4211 Stimmen. In der Stichwahl siegte der National-Liberaler v. Fischer, Bürgermeister in Augsburg, mit 9144 Stimmen über unsren Parteigenossen, der 5094 Stimmen erhielt.

Unterhand.

London, 3. Juli. (W. Z. V.) Bei der Beratung des Staats des auswärtigen Amtes befaßt Dille in Bezug auf das französisch-italienische Einvernehmen den Verlust der bisherigen guten Beziehungen zu Italien hinsichtlich der Erhaltung des status quo im Mittelmeere. Dieser Verlust sei eine der schwierigsten Fragen, mit denen England zu rechnen habe. Die Regierung sei für den Verlust des auf den Frieden gerichteten Bündnisses mit Italien verantwortlich. Dille verurteilt ferner die englische Politik in China als schwach und voller Widersprüche. Eine deutliche Abgrenzung ihrer Interessen in China durch Rußland und England würde zu einem guten Ergebnis führen. Er fragt weiter an, ob ein geheimes Einvernehmen zwischen Deutschland und England bestehe, welches Deutschland Zugang zum persischen Golf verschaffe. Er erklärt sodann, die gegenwärtige Zeit sei günstig, um ein besseres Einvernehmen mit Frankreich herbeizuführen über in der Schweiz befindliche Fragen. Er schließt mit dem Antrage, am Etat einen Abbruch zu machen.

Grandborne kommt auf die Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland zu sprechen und sagt: Die Regierung wünschte Verständigung mit fast jeder Macht, und es ist nicht Schuld der Regierung, wenn es an solcher Verständigung fehlt. Das wichtigste bei internationalen Beziehungen und Freundschaften sind die traditionellen Sympathien und materiellen Interessen der betreffenden Mächte. Das ist der große Vorteil des Uebereinkommens mit Japan, das auf den gegenseitigen Interessen der beiden vertragsschließenden Mächte beruht.

Des weiteren äußert sich Grandborne zu den chinesischen Angelegenheiten. Bezüglich des Vorgehens Deutschlands in Schantung habe der deutsche Reichskanzler Graf Bülow in Abrede gestellt, daß Deutschland dort ausschließliche Rechte beanspruche und erklärt, es bestehe kein Grund zu der Behauptung, daß Deutschland die offene Thür geschlossen habe. Unter diesen Umständen könne er — Grandborne — nicht angeben, daß der englischen Regierung die Politik der offenen Thür mißlungen sei. Grandborne schließt, was die Beendigung der provisorischen Verwaltung in Tientsin angehe, so werde die britische Regierung froh sein, wenn die Bedingungen dafür abgeändert würden; er hege aber gelinden Zweifel, daß eine solche Aenderung gemacht werde.

Die Voerengenerale auf der Reise nach Europa.

Durban, 3. Juli. (W. Z. V.) Die Voerengenerale Louis Botha, De Wet und Delarey haben sich Dienstagabend auf dem Dampfer „Kantler“ der Deutsch-Ostafrika-Linie nach Europa eingeschifft. Das Schiff läuft am 4. August Neapel und am 19. August Lissabon an. Es ist noch unbestimmt, in welchen von beiden Städten die Voerengenerale landen werden.

Wirren im Orient.

Konstantinopel, 3. Juli. (W. Z. V.) Infolge der alarmierenden Konularberichte aus Manastir forderten mehrere Volkshäupter die Pforte auf, der gefährlichen Lage im dortigen Vilajet volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der aus Sofia zurückgekehrte bulgarische diplomatische Agent drohte scharfe Repressalien an, falls die Pforte die von der bulgarischen Regierung wegen des Unfalles in Sorret geforderte Abkennung des dortigen Russentarifs und Wiederanbringung des bulgarischen Wappens und der Fahne nicht bewilligen.

Dresden, 3. Juli. (W. Z. V.) Zum Präsidenten der zweiten sächsischen Kammer wurde Dr. Mehnert gewählt, zum ersten Vizepräsidenten Dr. Schill, zum zweiten Vizepräsidenten Dr. Schill, zum ersten Schriftführer Müller, zum zweiten Ahner.

Chytschun, 3. Juli. (W. Z. V.) Der „Gesellige“ meldet: Der um 1/2 Uhr nachmittags fällige schnelle Schnellzug aus Petersburg traf mit mehr als eintausend Verpätung, also erst heute früh, hier ein. Der Grund dieser Verpätung ist ein großes Eisenbahn-Unglück. Der Schnellzug stieß bei Gatschina mit einem Bergungszug zusammen. Der Lokomotivführer, ein Preizer und mehrere Personen sind tot, über 60 Passagiere schwer verletzt.

Bremen, 3. Juli. (W. Z. V.) Die Familie des Photographen Bogt, bestehend aus dem Ehepaar mit zwei Kindern, wurde heute früh in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Todesursache ist bis jetzt nicht bekannt.

Aus Kassel melden die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 3. Juli: Der frühere Generaldirektor der Zeeberg-Gesellschaft Schmidt wurde heute vormittag von dort nach Leipzig überführt, um in dem Leipziger Bankprozeß als Zeuge vernommen zu werden.

Barmen, 3. Juli. (W. Z. V.) In der städtischen Gasanstalt im Stadtteil Rittershausen explodierten heute vormittag ein Teerfessel. Vier Personen kamen ums Leben, eine Person ist schwer verletzt.

Frankfurt a. M., 3. Juli. (W. Z. V.) Die der „Frankf. Zig.“ aus New York telegraphirt wird, ist nach einer Meldung der „Tribüne“ eine Untersuchung gegen den Zuckertrust wegen Verletzung von Zollbestimmungen eingeleitet.

Pittau, 3. Juli. (W. Z. V.) In dem großen Industriedorfe Gr. Sadowitz ist der Gemeindevorsteher Weichelt seit gestern verschwunden. In der Gemeindefolge sind bedeutende Geldbeträge im Betrage von etwa 50 bis 60000 Mark entwendet worden. Wie gerüchtweise verlautet, soll Weichelt bereits in Breslau verhaftet worden sein.

Aus Tübingen, 3. Juli, meldet die „Frankfurter Zeitung“: Die dortige Bankfirma Wilhelm Bräuning hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva belaufen sich auf eine halbe Million Mark, denen nur 50000 Mark Aktiva gegenüberstehen. Der Inhaber hat sich dem Gericht gestellt und ist sofort in Haft gehalten worden.

Marienburg, 3. Juli. (W. Z. V.) Heute früh brannte das Rudolfsheim nieder. Zwei Personen kamen in den Flammen um. Ein junges Mädchen sprang aus dem zweiten Stockwerk und wurde schwer verletzt.

Rom, 3. Juli. (W. Z. V.) Die Arbeiter der italienischen Siderin-fabrik Altin-Gesellschaft in Livorno bei Genua forderten unter Androhung des Streiks eine Lohnerhöhung. Die Direktion beschloß, den Betrieb sofort einzustellen und sämtlichen 300 Angestellten zu kündigen.

London, 3. Juli. (W. Z. V.) Nach Meldungen aus Kapstadt haben sich die englischen Gerichtsbehörden in nächster Zeit mit eigenständigen Interessen zu befassen. Verschiedene Voerentruppen, die Nachricht vom Tode ihrer Ehemänner erhalten hatten, haben sich wiederum verheiratet, obwohl, wie sich später herausstellte, viele der Totgeglaubten noch am Leben sind.

Vierter Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

München, 2. Juli 1902.

Nach Abschluß unseres gestrigen Berichtes teilte Lic. Mummert mit, die Statuten für das Reichssekretariat seien entworfen, und da auch die Kosten durch verschiedene Verbände gedeckt seien, so könne das Institut am 1. Oktober d. J. ins Leben treten.

Schließlich tauchte Herr Brust nochmals auf und gab folgende Erklärung ab: Ich erkläre hiermit, daß ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln die Gründung eines neuen Metallarbeiter-Verbandes betreiben werde. Um nicht mit den Beschlüssen des Ausschusses in Konflikt zu kommen, werde ich mich nicht mehr in diesen wahlen lassen.

Die Versammlung geht in großer Erregung auseinander.

Bei Beginn der heutigen Sitzung verliest Ellerkamp folgenden Antrag: Die Versammlung beschließt: 1. So lange der derzeitige christliche Metallarbeiter-Verband das persönliche Verhalten und die Kampfweise seines Vorsitzenden Wieber, die mehrfach gegen den Ausschuß und die Interessen des Gesamtverbandes gerichtet waren, gutheißt — welches seitens der heutigen Leitung des Verbandes geschehen ist — kann der Metallarbeiter-Verband dem Gesamtverband nicht angehören. 2. In Konsequenz dieses Beschlusses wird der Ausschuß beauftragt, die Bildung eines neuen Verbandes baldigst in die Wege zu leiten. 3. Die örtlichen Komitees und Zweigvereine der christlichen Gewerkschaften werden angefordert, den gewerkschaftlichen Verkehr mit Ortsgruppen des christlich-socialen Metallarbeiterverbandes (Sitz Duisburg), welche vorkommenden Beschlüssen, der im Interesse der Gesamtbewegung gefaßt ist, nicht respektieren, einzustellen. — Die Generalversammlung ladet alle christlichen Metallarbeiter, die eine planvolle und einheitliche gewerkschaftliche Tätigkeit als notwendig erachten, ein, sich dem neu zu gründenden christlichen Metallarbeiter-Verbande anzuschließen.

Diese Resolution wurde mit 26 gegen 9 Stimmen zum Beschluß erhoben; damit ist also der Bruch vollzogen und Brust geht aus dem Kampfe gegen die Antizöner in den christlichen Gewerkschaften als Sieger hervor, freilich erst, nachdem er die Rabinetsfrage gestellt hatte. Weitere schwere Differenzen mit verschiedenen kleineren Verbänden, namentlich mit den nicht-gewerkschaftlichen in München, wurden noch einmal mühsam veruscht.

Bei der nun folgenden Ausschuhwahl wird auch Brust wiedergewählt; außerdem Kister, Dreidebach, Schiffer, Pisch, Karschfeldt, Ellerkamp, Welcher, Dann, Braun, Lutz, Nimmeder. — Der Beitrag an den Gesamtverband wird von 10 auf 15 Pf. pro Mitglied erhöht.

Ellerkamp giebt bekannt, daß verschiedene Delegierte, darunter der Sekretär des oberpfälzischen Glasarbeiter-Verbandes, die Gründung eines Verbandes der in der keramischen Industrie (Glas-, Porzellan-, Steingut- und Töpferei-Arbeiter) beschäftigten Arbeiter beabsichtigen. Dagegen opponieren heftig die Delegierten des Verbandes der Porzellanarbeiter in Stolberg. Trotzdem wird beschlossen, die geplante Gründung zu unterstützen.

Damit ist die Generalversammlung des Gesamtverbandes beendet.

Die Fortsetzung des Kongresses leitet Wiesberis ein mit einem Referat über die Notwendigkeit der Landarbeiter-Organisation. Nach kurzer, unweissenlicher Diskussion wird eine Resolution angenommen, die ausspricht: Der Kongress erachtet die Schaffung einer Berufsorganisation der Landarbeiter als dringend notwendig. Zur Ermöglichung solcher Organisationen verlangt der Kongress auf das ausdrückliche die Vereitigung des Koalitionsverbots für die Landarbeiter. Der Ausschuß wird beauftragt, eine Petition vorzubereiten, welche von der Regierung und vom Reichstage das Koalitionsrecht für die Landarbeiter fordert. Um schon unter den heutigen Verhältnissen eine allgemeine Organisation vorzubereiten, ist es notwendig, daß auf dem Lande nach dem Muster der industriellen Arbeitervereine ebenfalls Vereine für die Landarbeiter geschaffen werden. Ferner ist zu fordern eine Ausdehnung der Krankenversicherungs-Pflicht in entsprechender Weise auf die ländlichen Arbeiter, das Gewerbe und die Arbeiter in der Forstwirtschaft; Verbot der Sonntagsarbeit für das Land mit Ausnahme der Arbeiter zur Viehwartung und von Fällen dringender Not.

Schließlich verliest Wiesberis ein Referat über die Förderung der Weiterbildung der Arbeiter. Er kommt zu dem Schlusse, daß sociale Reformen und Bildungsbestrebungen von einander abhängig seien. Die vorgeschlagene Resolution spricht aus, die Förderung der Weiterbildung sei als eine wichtige Aufgabe der christlichen Arbeiterbewegung zu betrachten; sie wird ebenfalls nach bedeutungsloser Debatte genehmigt.

Damit ist die im Programm festgesetzte Tagesordnung erledigt.

Prozeß Sanden und Genossen.

Aus den Verhandlungen des gestrigen, 26. Tages, ist folgendes von allgemeinem Interesse. Ueber die Verbindung der Kommanditabteilung der Allgemeinen Kreditanstalt in Leipzig wird der Direktor dieser Bank, Kommerzienrat Fabrean, vernommen.

Generalkonful Schmidt habe ihm seiner Zeit mitgeteilt, daß sich verschiedene größere Bankiers für das Entzari-Unternehmen interessiert und daß sich auch der Bankier August Steruberger event. mit 6 Millionen an demselben beteiligen wollte. Auch nach Auflösung der Verbindung habe die Allgemeine Kreditanstalt der Firma Anhalt u. Wagner bis in die letzte Zeit hinein kein antwortliches Diskontokredit gegeben und Akcepte von Anhalt u. Wagner zum Privatdiskontsatz angenommen. Die Firma arbeitete mit guter und teilweise allererster Kundschaft. Auf Befragen des Justizrats Stern bestätigt der Zeuge, daß Generalkonful Schmidt in einem Privatgespräche noch ein Jahr vor Eintritt der Katastrophe, als es sich um den Uebertritt seines Sohnes in das Bankfach handelte, die allerbesten Ansichten über den Stand seiner eignen Firma geäußert habe. Er habe in der ganzen Verbindung mit der Firma Anhalt u. Wagner nie bemerkt, daß der Angestellte Schmidt wider besseres Wissen betrügerische Angaben gemacht hätte, er sei aber wohl etwas skeptisch und ein zu großer Optimist gewesen. Er habe sich zu wenig selbst um sein Geschäft bekümmert und zu viel auf andre Leute verlassen, das lag zum Teil daran, daß er viele Kenner in Wohlthätigkeitsanstalten, Kirchenbau-Vereinen und dergleichen hatte. Als gewissenhafter Bankier hätte er seine Zeit lieber für sein eignes Geschäft verwenden sollen.

Justizrat Stern: Haben Sie nicht den Eindruck gewonnen, daß der Angestellte sehr vertrauenselig war? — Präsi.: Wer zu vertrauenselig ist, ist gewöhnlich nicht übermäßig klug. Wie stellt sich der Zeuge zu dieser Frage? — Zeuge: Ich habe Herrn Generalkonful Schmidt in intellektueller Beziehung nicht gerade für einen erstklassigen Bankier gehalten. — Staatsanwalt Seel: Ist der Zeuge der Ansicht, daß der Angestellte Schmidt von gewöhnlichen kaufmännischen Geschäften nichts verstand? — Zeuge: Er war, wenn man mit ihm über seine eignen Sachen sprach, selten orientiert. — Botl.: Verstand er eine Bilanz zu lesen oder nicht? — Zeuge: Das glaube ich entschieden. — Staatsanwalt Seel: Wenn er es nicht that, lag es wohl weniger an seinen Fähigkeiten, als an guten Willen? — Zeuge: Der Angestellte war etwas bequem und hatte die Neigung, in gewissen Stellen zu sein, die noch außen hin einen gewissen Eindruck machten.

Wucherrevisor Huchle wird noch mit einigen Feststellungen aus den Steuerakten, die sich auf den Angell. Heinrich Schmidt beziehen, beauftragt.

Hierauf wird die Sitzung auf nächsten Sonnabend 9 Uhr verlagert. Freitag fällt die Sitzung aus.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Greuelthaten des Jarrismus wird Reichstags-Abgeordneter Ledebour am Donnerstag, 10. Juli, in Kellers Festhale, Kopenstr. 29, in einer Protestversammlung sprechen, zu der die Arbeiterschaft Berlins hiermit eingeladen wird. Wir ersuchen die in Betracht kommenden Parteigenossen, an diesem Tage thunlichst keine andern Versammlungen einzuzubereisen. Die Vertrauensleute.

In Grünau hält der Wahlverein seine Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung Sonnabendabend Punkt 9 Uhr bei Becke, Köpenickerstr. 88, ab.

Lokales.

Die Wiener Cafés.

Mit der Entwicklung Berlins hat die Zunahme der Wiener Cafés gleichen Schritt gehalten; ja man kann wohl sagen, daß diese Institute sich weit über Bedarf vermehrt haben. Es giebt ihrer etwa hundert in Berlin. Fünfzehn davon existieren hauptsächlich durch Spieler und Buchmacher, 88 dieser Lokale haben ihr Dasein hauptsächlich der holden Weiblichkeit zu verdanken und der Rest endlich ist derart, daß man, sei es bei Tag oder bei Nacht, auch mit Damen ohne Gänsefüßen darin Platz nehmen kann. Etliche solcher Lokale bieten ihren Gästen Unterhaltung durch Musikkapellen.

Wie gründet man ein Wiener Café? Wird irgendwo ein Haus gebaut, so ist es selbstverständlich, daß des größeren Mietsvertrages halber ein Restaurant darin untergebracht wird. Für ertragreicher noch wird ein Wiener Café gehalten. Es hält nicht schwer, für ein solches einen Mieter zu finden. Der hohe Profit lockt manchen heran. Zumeist ist der neugeborene Inhaber Bachmann; aber auch frühere Schuhmacher, Schlächter oder Tapezierer findet man als Wirte von Cafés und es ist nicht immer gesagt, daß sie einen Reinsfall erleben. Oft machen sie bessere Geschäfte als gelernter Kellerer.

In den ersten Monaten giebt der Hauswirt das Lokal am Ende mietsfrei her, auch die Brauerei stundet oder steckt gar noch Geld ins Geschäft. Ebenso borgen der Wein- und Liqueurlieferant; für das Inventar ist am Ende eine kleine Anzahlung zu leisten. Den Kaffee- und Juckerlieferanten verleiht der Wirt seine Seele und oft genug muß das Publikum dafür mit einem sehr minderwertigen Gebraue vorlieb nehmen. Die Hauptvertriebsstelle in so einem neugegründeten Café ist jedoch nicht der nominelle Inhaber, sondern der Agent. Er besorgt zunächst das Personal. Auf seinen Post darf das Café mit Kellnern sparen; auf fünf oder sechs Tische einer. Jeder Angestellte bringt 20 bis 50 M. Vermittlungsgebühr, wozu noch der gleich hohe Kautionsbetrag kommt. Für die Wäsche, ebenso für die oft goldbordierten Jockeys sind 50 Pf. Abmünnungsgebühr zu zahlen. Reicht es dafür an irgend etwas, so fixiert der Agent einige hundert Mark vor. Namentlich muß er beim Anschaffen von Messern und Gabeln, des sogenannten Silbers, das nur gegen bar erhältlich ist, ausbilden.

Das Kellnerpersonal wird unter den bekannnten Bedingungen eingestellt: Ohne Gehalt, ohne Kost, ohne Kündigung. Will der Kellerer ein Glas Bier trinken oder ein Butterbrot verzehren, so muß er zumeist dieselben hohen Preise zahlen wie der Gast. Selbst für eine Scherbe trocknen Brotes sind 5 Pf. zu bleiben; nur zwei Tassen Kaffee erhält er im Lauf des Tages oder der Nacht gratis. Für das Geschirrspülen hat der Kellerer sogar täglich 20 bis 50 Pf. zu erlegen, ebenso muß er die Streichhölzer aus seiner Tasche bezahlen.

In Cafés, wo das Zahlkellnersystem eingeführt ist, ist der Zimmer besonders groß. Beim Kommissionär ist eine Kautions zu hinterlegen, die sich auf 50 bis 500 M. beläuft. Auf den Umsatz hat der Zahlkellner 3 bis 4 Proz. Zuschlag zu zahlen. Die Jutträger erhalten zumeist 66 M. des Monatslohnes vom Wirt und 30 M. vom Zahlkellner. Ebenfalls hat der Zahlkellner noch für kleinere Ausgaben täglich auf eine Mark zu rechnen.

In einigen wenigen Geschäften kann es der Kellerer nach jahrelanger Tätigkeit zu einem Rotzgroßchen, vielleicht gar zu einem kleinen Vermögen bringen. Ein früherer Angestellter des „Kaiserhofs“ nennt jetzt ein ertragreiches Haus in der Willowstraße sein eigen, ein andrer ist im Besitz einer sehr ansehnlichen Villa. Aber das sind natürlich seltene Ausnahmen.

Und der Wirt? Geht das Geschäft nicht, so geht er, schlägt die Geschichte aber ein, so sieht man den Eddlen am Totalisator der Rennbahnen, wo die Blauen dann nur so fliegen. Zur Sicherung ihrer Interessen haben die Herren neuerdings einen Caféierverein gegründet, der auch eine stoff geleitete Stellenvermittlung unter sich hat. Sind die Vermittlungsgebühren hier auch nicht so hoch wie beim Kommissionär, so sind die Engagements dafür auch von weit kürzerer Dauer. Wo in einem Jahre wie hier fast tausend Stellen vermittelt wurden, klingt es fast wie Ironie, wenn der Verein für fünfjährige treue Dienstzeit Prämien aussetzt.

Zum Schluß sei noch einer Person im Café gedacht, der Kaffiererin. Sie hat eine Vertrauensstellung inne und spielt trotz des niedrigen Gehalts, das sie erhält, oft eine ausschlaggebende Rolle. Ihren Launen ist zuweilen nicht nur das Personal unterworfen, sondern auch der Caféier, ja sogar die Frau des Hauses.

Die „Zegnungen“ des Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetzes sind ja bekanntlich recht mangelhafter Art. Nicht allein daß der hoch und erwerbsunfähig gewordene Arbeiter eine mehrjährige Karenzzeit durchzumachen hat, ehe er überhaupt rentenberechtigt ist, muß er seine 33 Wenig-Rente durch langwierige Klagen erst vielfach noch erst lozulagen aus dem Fenster holen, denn wo ein Fall nicht ganz klar liegt, werden dem Antragsteller eine ganze Reihe von Schwierigkeiten bereitet, bis er ein obliegendes Urteil erzielt. Ist ihm dann endlich eine Rente zugestanden, so geht ihm noch recht häufig die Armenverwaltung mit einem beträchtlichen Teil über den Garz, so daß die Freude des Armen auf die erhoffte Rückzahlung meistens bitter getrübt wird. Am unangenehmsten für den Invaliden aber ist das lange Warten auf die erste Zahlung der dem bewilligten Rente. Man stelle sich vor: der Mann hat lange Monate im Krankenbette gelegen, verdienen konnte er nichts, in seinem Haushalte geht alles den Arzdeggang, Rot und Fleud umgeben ihn auf allen Seiten. Da langtet ihm wie ein ferwer Gohnungstrahl die Aussicht auf Invalidenrente; endlich empfängt er den heißerhnten amtlichen Brief mit der Nachricht, daß ihm eine Rente bewilligt sei. Er atmet auf, es sind wenigstens einige Notgroßchen, die ihm werden sollen. Doch was nicht kommt, ist das Geld. Er wartet eine Woche, die zweite Woche — es kommt nichts. Jetzt kennt er zu den Behörden, zur Post, er schreibt an die Versicherungsanstalt — alles vergeblich, immer noch kein Geld. So können Monate vergehen, während deren

der Rentenberechtigte wahre Tantalusqualen erduldet, ehe er das bischen Rente zum erstenmal in Empfang nimmt. Wie unendlich viele Klagen und Beschwerden über dieses lange Warten lassen laufen bei den verschiedensten Arbeitervertretern, bei Arbeitersekretariaten und nicht zum mindesten auf den Redaktionen der Arbeiterblätter ein. Der einzige Rat, der den Leuten dann gegeben werden kann, besteht darin, sich beschwerdebefähigt an das Reichs-Versicherungsamt zu wenden, damit dieses eine Beschleunigung der Rentenzahlung veranlasse. Doch auch dieser Weg ist zeitraubend. Es wäre wirklich nicht zu viel, wenn die Versicherungsanstalten ein etwas schnelleres Tempo in der Berechnung der Renten einschlagen und für deren rechtzeitige Zahlungsbereitstellung an die Postämter Sorge tragen würden. Der bürokratische Apparat könnte hier jedenfalls etwas besser funktionieren.

Zur Lage der Schlafwagen-Angestellten, über die wir in Nr. 142 berichteten, erhalten wir noch einige recht bezeichnende Mitteilungen. Es ist danach nichts Seltenes, daß die Angestellten acht Tage lang kein Bett zu sehen bekommen; Fälle von 40—60 Stunden Dienst, der dann durch eine kurze Nacht unterbrochen wird, sind nichts Seltenes. Der Konduktent muß sich selbst befüttern, was bedeutet, daß er sich das Essen in der Küche des Zuges zu kaufen hat. Verzehrt wird es im Waggon auf dem Gepäckständer der Reisenden. Das Gehalt des Konduktent variiert je nach der Division, welcher er angehört, zwischen 50 bis 90 Frank. Davon hat er Beföstigung, Logis und Uniform zu zahlen, ebenso muß er für sämtliches Inventar, als Bettlätter, Besen und Gläser, ja selbst für die Fensterseiden aufkommen. Ebenso bezahlt er die Seife der fünf im Waggon vorhandenen Toiletten, desgleichen das Klosettpapier. Seife und Papier muß er von der Gesellschaft kaufen. Für das Heinen der Wagen sind ihm 20 bis 40 Frank monatlich abgezogen; außerdem aber hat er den Wagenputzern dafür, daß diese darauf achten, daß nichts aus dem Wagen gestohlen wird, etwa 20 M. Trinkgeld zu zahlen. Alle diese Sporteln müssen aus den Trinkgeldern herausgeschunden werden.

Nicht jeder kann Schlafwagen-Konduktent werden. Es wird von einem solchen Mann verlangt, daß er außer der deutschen möglichst die englische und französische Sprache beherrsche. Aus der 27 Seiten langen Dienstverordnung seien noch einige drastische Bestimmungen angeführt: § 2 Art. 2. Bei seinem Dienstantritt hat der Angestellte eine Kautions von 250 M. zu hinterlegen, welche ihm seitens der Gesellschaft mit 4 Proz. pro Jahr verzinst wird. Diese Kautions bleibt in der Kasse der Gesellschaft deponiert und bietet der letzteren eine Gewähr für die genaue Befolgung aller Bedingungen und Vorschriften dieser Dienstverordnung. Art. 3. Die Kautions wird in dem Falle seitens der Gesellschaft als Entschädigung oder Schadenersatz zurückbehalten, in welchem der Konduktent sich entweder Unredlichkeit zu Schulden hat kommen lassen, oder seinen Dienst ohne vorherige einmonatliche schriftliche Kündigung verlassen hat. Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, Rechnungen darüber abzulegen, oder den Schaden nachzuweisen zu müssen. Art. 7. Die Rückzahlung der Kautions erfolgt einen Monat nach seinem Dienstantritt, wenn er allen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. § 4, Art. 10. Die Kosten der Uniform werden dem Konduktent berechnet und dieser ist verpflichtet, die Uniform bei dem Schneider der Gesellschaft zu bestellen. Artikel 14. Das Gesicht muß rasier oder der Wirt nur von mittlerer Größe sein. Das Haar muß kurz geschnitten und die Hände stets rein sein. Artikel 22. Die Gesellschaft macht ihre Beamten verantwortlich für Entschädigungen, welche sie an die Eisenbahnverwaltung eventuell zu zahlen hätte, in Fällen, in denen Reisende in den Schlafwagen ohne ein gültiges Eisenbahnbillet oder mit einem Billet niedriger Klasse betroffen werden. Die Entschädigungen können 100—150 M. betragen.

Man stelle sich die raffinierte Trinkgelberjagd vor, der die Schlafwagen-Angestellten obliegen müssen, wenn sie alle diese Bestimmungen erfüllen und außerdem für sich und ihre Familie noch den Unterhalt herauszuschlagen wollen.

Der Zug von Dienstmädchen nach Berlin hatte mehrere Jahre hindurch nachgelassen. In den Jahren 1897—99 waren 48 845, 45 820, 48 964 Dienstmädchen als nach Berlin zugezogen gemeldet worden, in nur zwei Jahren hatten sich also die Zugänge von Dienstmädchen um ziemlich 8000 vermindert. Das Jahr 1900 hatte dann mit 48 266 Dienstmädchen-Zugängen eine merkwürdige und sehr bedeutende Zunahme, um weit über 4000, gebracht. Im Jahre 1901 ist aber eine erneute und recht beträchtliche Abnahme eingetreten. Es wurden im letzten Jahre nur 45 766 Dienstmädchen als nach Berlin zugezogen gemeldet, also um 2500 weniger als im vorherigen. Abgenommen hat im letzten Jahre auch der Fortzug von Dienstmädchen, aber viel weniger stark. 1897—99 waren 35 017, 33 625, 34 687 Dienstmädchen als von Berlin fortgezogen gemeldet worden. 1900 war die Zahl der Fortzüge auf 38 150 gestiegen, 1901 aber ist sie wieder auf 37 088 zurückgegangen. Nach den Meldungen die allerdings nicht ganz vollständig zu sein pflegen) hätte bei den Dienstmädchen der Uebersehung der Zugänge über die Fortzüge in den letzten fünf Jahren 11 823, 11 695, 9277, 10 116, 8678 betragen. Auch der Uebersehung von 1901 erscheint noch recht groß und recht sicherlich über den Mehrbedarf an Dienstmädchen weit hinaus. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in Berlin Jahr für Jahr zahlreiche Mädchen infolge von Berufswechsel, Heirat usw. aus den Reihen der Dienstmädchen überhaupt abscheiden.

Von einem Mechaniker Paul Johannes Steink in der Wiesenstr. 15 werden zur Zeit reikamehafte Prospekte herausgegeben, worin junge Leute, welche Ingenieur oder Techniker werden wollen, zum Besuch seines „Pädagogiums Heron-Paraday“ eingeladen werden. Ebenso macht Herr Steink durch Annoncen auf sein Institut aufmerksam. Wir warnen die jungen Leute, welche den Besuch dieser Anstalt ins Auge gefaßt haben sollten, und deren Eltern oder Vormünder, sich mit Herrn Steink einzulassen.

Herr Steink hat früher bereits eine Lehrlingszuchterei so schlimmer Art betrieben, daß die Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats sich mit seinem Treiben befaßt und ihm auf Grund einer sehr eingehenden Untersuchung die Lehrlingszuchterei verboten.

Wir teilten am 13. September v. J. den Beschluß der Gewerbe-Deputation in folgendem Wortlaut mit:

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Mittwochabend aufs neue mit den so oft getragten Mißständen im Lehrlingswesen, mit der Lehrlingszuchterei, die besonders stark im Mechaniker-Gewerbe zu Hause ist. Der Mechaniker P. J. Steink, Wiesenstr. 15, beschäftigt in seiner Werkstatt, die er als eine „Lehranstalt“ bezeichnet, 13 Lehrlinge. Er verfährt es, durch eifrige Bekanntschaft stets neue Lehrlinge heranzuziehen, welche diese „Anstalt“ besuchen und deren Eltern für die erhoffte Ausbildung ihrer Söhne dem „Lehrherrn“ ganz respektable „Lehrgelder“ — welche die Haupt-Einnahmequelle des Herrn Steink sein dürften — zahlen müssen. Nach dem Gutachten Sachverständiger handelt es sich hier um eine Lehrlingszuchterei schlimmster Art, bei der von einer gewissenhaften Ausbildung der Lehrlinge nicht die Rede sein kann. Die Lehrzeit beträgt 1 bis 3 Jahre, je nach der Höhe des gezahlten Lehrgeldes. — Die Gewerbe-Deputation beschloß auf Grund der Bestimmungen des § 128 der Gewerbe-Ordnung, dem genannten „Lehrherrn“ aufzugeben, vom 1. Januar 1902 ab die Zahl seiner Lehrlinge auf drei herabzusetzen.

Wenn nun Herr Steink sein Gewerbe unter der am Ende weniger fahbaren Firma eines Pädagogiums fortführt und in seinem

Prospekt gar eine „Reform im Lehrwesen“ ankündigt, so wird das in Betracht kommende Publikum sich hoffentlich den Beschluß der Gewerbe-Deputation merken und gegenüber der Anstalt dieses Herrn äußerste Vorsicht walten lassen.

Es giebt keinen Nothstand! Eine Korrespondenz bringt folgende sehr bezeichnende Meldung: Die rückläufige Bewegung, die fast alle Zweige des Gewerbetreibens erfährt, macht sich in ihren Folgen auch in den Berliner Krankenhäusern bemerkbar. Zahlreicher als sonst sind aus den minder begüterten Kreisen der Nichtverpflichteten die Kranken, die von vornherein die Krankkosten nicht bezahlen können oder zwar den Anfang damit machen, aber nach kurzer Zeit die Zahlung einstellen müssen. Daher hat in den Anstalten auch die Zahl der Freibetten, die sonst nur in geringem Umfange vorhanden waren, fortwährend zugenommen. Ein Stillstand in dieser Bewegung ist noch nicht abzusehen. Auch in der körperlichen Beschaffenheit dieser Kranken kommt die Not der Zeit zum Ausdruck. Der Ernährungszustand ist oft schlechter, als es sonst in den gleichen Kreisen durchschnittlich der Fall ist. Die Krankenhauspflege sucht diesem Uebel durch vermehrten Aufwand an kräftigen Speisen nach Möglichkeit zu begegnen. Eine Folge dieser gesteigerten Ernährung, die die Kräfte im Interesse des Heilerfolges nicht entbehren können, wird eine unvorhergesehene Zunahme der Verwaltungskosten der Berliner Krankenanstalten sein.

Die Straßenbahnlinie Nr. 52, Danzigerstraße—Königsplatz—Lühnowplatz, eine der beiden letzten Werdebahnlinien, hat gestern morgen elektrischen Betrieb erhalten. Die Wagen, welche in Abständen von 15 Minuten folgen, benutzen den Unterleitungsbetrieb in der Königsgräberstraße bis zum Potsdamerplatz und fahren in Rücksicht auf die Bauarbeiten in dieser Gegend statt durch die Potsdamer- durch die Königsgräber-, Schönberger-, Stottweller- und Lühnowstraße nach dem Lühnowplatz.

In die Ferienkolonnen sind gestern 1200 Knaben und Mädchen vom Stettiner Bahnhof aus abgereist.

Zum Fall Thomassche. Gegen das Erkenntnis des Schwurgerichts, wonach der des gegen den Geldvermittler Köpfer verübten Giftmordes beschuldigte Agent Thomassche freigesprochen wurde, hatte die Staatsanwaltschaft Revision angemeldet. Diese ist nunmehr zurückgezogen worden, so daß das Urteil jetzt rechtskräftig geworden ist.

Abermals eine verkrachte Krankenkasse. Das lgl. Polizeipräsidium macht bekannt, daß die Central-Krankenkasse für Deutschland zu Berlin (Eingeführ. Hilfskasse Nr. 134), welche im Jahre 1899 gegründet ist, sich durch Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 20. Juni 1902 aufgelöst hat. Der Grund zu diesem Beschlusse liegt in der Verletzung, daß die Kasse bei Beobachtung der in dem Hilfsleistungsgesetz bezüglich des Reservefonds gegebenen Vorschriften, auf deren Innehaltung seitens der Aufsichtsbehörde mit aller Strenge gesehen wird, nicht mehr lebensfähig sein würde. Mit der Abwicklung der Geschäfte der aufgelösten Kasse sind durch Beschluß der Generalversammlung die bisherigen Vorstandsmitglieder Friedl, Morgenthal, Obermeier und Pau als Liquidations-Kommission betraut worden. Ihr Geschäftsort befindet sich vorläufig im alten Kassenraum N. 65, Alteschloßstr. 1. I. Unterstützungsbewilligungen gegen die Kasse sind ausschließlich bei der Liquidations-Kommission geltend zu machen, wohin auch alle auf die Kasse bezüglichen Anfragen zu richten sind.

In Hamburg ist gestern ein 15-jähriger Berliner Durchgänger verhaftet worden. Am 1. Juli abends traf dort auf dem Klosterthor-Bahnhof mit dem D-Zuge von Berlin ein etwa 15 Jahre altes Bärchen ein, das beim Aussteigen sich nach allen Seiten scheu umsah. Ein auf dem Bahnhofsstationierter Kriminalbeamter redete den Knaben an und erkundigte sich teilnahmsvoll nach Ziel und Zweck der Reise. Verwirrt antwortete der Bärche und verwickelte sich in Widersprüche. Schließlich aber gestand er weinend ein, daß er der Kaufbursche Otto Georg Klasiński sei und am Morgen seinem Prinzipal, einem Agenten in Berlin, 1000 M. unterschlagen habe, die er gegen einen Uebel auf der Rationalbank habe erheben müssen. In dem Besitz des jugendlichen Ausreißers befanden sich noch 924,50 M. Er wird sehr bald wieder die Rückreise nach Berlin antreten müssen.

Vermißt wird seit acht Tagen der 35 Jahre alte Magistrats-assistent Johannes Wetz, der seit vier Jahren bei der Stadtverwaltung von Schöneberg angestellt ist und mit seiner Frau bei den Eltern in der Koburgerstr. 9 wohnt. Wetz ist seit drei Jahren herzleidend. Heute vor acht Tagen ging er aus, um frische Luft zu schöpfen. Seitdem ist er verschwunden. Die Angehörigen fürchten, daß ihm ein Unfall zugefallen sei und vermuten, daß er unerkannt irgendwo bei Privatleuten liege, da er sich in keinem Krankenhause Berlins oder der Vororte befindet. Der Vermißte ist mittelgroß und unterlegt, hat schwarzes Haar und Schnurbart und eine gelbliche Gesichtsfarbe und trägt einen schwarzen Jacketanzug, einen weißen Strohhut und weiße Wäsche.

Geisteskrank ist jetzt der geisteskranke Mann, der am Sonntagmorgen in der Friedrichstraße die Spaziergänger in Angst und Schrecken versetzte, indem er mit gekrümmtem Körper um sich schrie, von zwei Schutzmännern unschädlich gemacht und von der Revierwache nach der Irrenanstalt zu Dalldorf gebracht wurde. Es ist ein 32 Jahre alter Arzt Dr. Carl Hoffmann aus der Spreest. 14/15, der Sohn eines Gutbesizers aus Honath in Ostpreußen. Dr. H. war bereits vor Jahren einmal schwer nervenkrank und konnte keine Praxis mehr ausüben. Ein wohlhabender Verwandter, der für ihn sorgte, hatte ihn bei einem Kolikermeister in der Spreest. untergebracht. Die Wildenheit vermischte ihren Nieten und wurden durch die Zeitungsmittelungen über den Austritt in der Friedrichstraße auf ihn aufmerksam. Kurz vor diesem hatte Dr. H. noch seinen Verwandten besucht, dem nichts Besonderes an ihm aufgefallen war.

Der selbige Schickelprügel. Beim Revolverputzen verunglückte heute morgen der 22 Jahre alte Kaufmann Hermann S. aus der Luisenstraße. Ein Schuß, der rasch noch in der Trommel stand, ohne daß er es wahrte, ging plötzlich los, und die Kugel durchdrang ihm den kleinen Finger der linken Hand. Zum Glück konnte der Arzt, der S. verband, feststellen, daß kein Knochen verletzt war.

Durch einen Sturz vom Bau verunglückte gestern, Donnerstagmorgen, der 38 Jahre alte Zimmermann Wilhelm Saitow, ein verheirateter Mann, in der Cauerstraße 12 zu Charlottenburg. Infolge eines Fehltritts verlor er im zweiten Stock eines Neubaus das Gleichgewicht und fiel in das Erdgeschloß hinab. Der Verunglückte, der sich einen Bruch beider Arme und schwere innere Verletzungen zuzog, wurde, nachdem ein Arzt ihn auf der Unfallstelle verbunden hatte, mit einem Schwabacher Rettungswagen nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht.

In der Schlaftrunkenheit tödlich verunglückt ist der 45 Jahre alte Kaufmann Hugo Meier aus der Rammstr. 8. Meier, der als Agent für Lebensversicherungen tätig war, kam am Sonntagabend voriger Woche um 11 Uhr abends nach Hause und legte sich nach ins offene Fenster, weil es in der Stube, die er als Junggeselle bewohnte, sehr heiß war. In der Schlaftrunkenheit lehnte er sich zu weit hinaus, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf den asphaltierten Hof hinab. Mit gebrochenen Oberarmen und schweren Kopfverletzungen wurde er in das Krankenhaus am Urban gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag.

Straßenperrung. Die Altonaerstraße von der Stadtbahn bis zum Schleswiger Ufer wird behufs Impflasterung vom 7. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Donnerstagnachmittag gegen 4 Uhr wurde die Wehr nach der Hochstr. 27 gerufen. Hier war in einem Keller durch Selbstentzündung von Preßkohl ein Brand entstanden, der Asten, Verpackungsmaterial etc. erfaßt hatte. Die Gefahr konnte indes bald beseitigt werden. Ein größerer Posten von Preßkohl war früh 4 Uhr auf dem großen Kofenplatz in der Sickingenstr. 19/24 ebenfalls durch Selbstentzündung in Brand geraten, zu dessen Abblüchung die Wehr längere Zeit aus einer Schlauchleitung Wasser geben mußte. Gardinen und

Kleidungsstücke gingen Mittwochsabend 11 Uhr in der Rungestr. 18a in einer Wohnung in Flammen auf. Kurz darauf hatte die Wehr in der Kofenstr. 62 einen Kellerbrand abzuschließen. Gegen 1 Uhr hatten in der Pfingstr. 9 Möbel, Betten usw. in einer Schlafstube Feuer gefangen, das jedoch in kurzer Zeit beseitigt werden konnte. Ein ähnlicher Brand mußte eine Stunde später in der Rammstr. 83 abgelöscht werden. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Voßgründerstr. 88 und Burgdorferstr. 3 zu verzeichnen, die jedoch nur auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Nach Unterschlagung von Kirchengeldern flüchtig geworden ist der Pfarrer Theodor Ziemer aus dem Dorfe Wollin im Kreise Prenzlau. Man vermutet, daß Ziemer, dessen Verhaftung die Berliner Kriminalpolizei aufgenommen hat, sich hier in Berlin aufhält. Vor vier Tagen verließ der 44 Jahre alte Geistliche seine Gemeinde, in der er eine lange Reihe von Jahren thätig und sehr beliebt war, mit dem Bewußtsein, daß er sich nach Berlin begeben, um sich hier in einer Augenheilung einer Operation zu unterziehen. Bald nach seinem Weggange wurde von mehreren Kirchengemeinde-Mitgliedern der Verdacht ausgesprochen, daß in der Verwaltung der Kirchengelder etwas nicht in Ordnung sein könne, da Ziemer eine Revision der Kasse und der Bücher kirchlich mit einer gewissen Keuschlichkeit verweigert wissen wollte. Als seine plötzliche Abreise jenen Verdacht noch reger machte, ging man an die Revision heran und entdeckte zahlreiche Fehlbeträge, die Ziemer längere Zeit geschickt zu verschleiern gewußt hatte. Die Höhe seiner Vermittlungen ließ sich bis zur Stunde noch nicht feststellen, da die Geschäfte der Kirchenverwaltung ziemlich verwickelter Natur waren.

Aus den Nachbarorten.

Revolutionäre Strömungen in Wilmerdorf. In Wilmerdorf haben die Adjacenten der weltabgeschiedenen Apenbachstraße den Gemeindevorstand um Neuflasterung dieser Straße ersucht. Die dort ansässigen Hausbesitzer haben der Gemeinde bisher noch keinen Pfennig für Pflasterkosten gezahlt und da ferner ein besonderes öffentliches Interesse, dem Verlangen der Betenten nachzugeben, nicht vorhanden ist, so schlug die Tiefbau-Deputation, an die die Sache gegangen war, der Gemeindevertretung vor, auf Grund des in Betracht kommenden Ortsstatuts von den Adjacenten 50 Proz. der in Anschlag gebrachten Pflasterkosten einzufordern und nur nach Erfüllung dieser Bedingung die Pflasterung vorzunehmen. Es wären von den Hausbesitzern im ganzen 24.500 M. zu zahlen.

Dieser Vorschlag brachte in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung die Hausbesitzer in Aufruhr. Einer der Herren entrollte ein schredenerregendes Bild von der Empörung, die im Grundbesitz des Ortes einreißen werde, wenn die Vertretung das Verlangen der Tiefbau-Deputation erfülle. Unfehlbar werde dann der Stand, der bis dahin als eine der festesten Stützen der Ordnung gegolten habe, von Haß und Unzufriedenheit gegen die Obrigkeit und alles Bestehende ergriffen werden, denn die Durchführung einer solchen Maßregel führe die Hausbesitzer zur Substitution, zu Verzweiflungszuständen, an den Teufel ab.

Namentlich die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch diesen Verzweiflungsausbruch erschüttert. Man schlug hier eine Kollekte zu Gunsten der aus nur zu erschaudbarer Empörung mit der Revolution drohenden Hausbesitzer vor und legte ihnen außerdem nahe, sich mit der sozialdemokratischen Forderung auf Ueberführung des Grund und Bodens in Kommunalbesitz zu befriedigen, da ja doch einmal der Ansturz alles Bestehenden unvermeidlich sei. Schließlich wurde in nameulicher Abstimmung mit 14 gegen 9 Stimmen der Beschluß gefaßt, die Hälfte der Pflasterkosten von den in Betracht kommenden Adjacenten einzufordern. Wilmerdorf steht mithin am Vorabend weiterer schütternder Ereignisse.

In Wilmerdorf bewilligte die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung die Mittel zum Bau einer Gemeindefschule für den Friedenaue Ortsteil. Die Schule wird an der Koblenzstraße erbaut.

Soziale Rechtspflege.

Anfall eines dem Betriebe fernstehenden Arbeiters bei einer Hilfeleistung. Eine wichtige Entscheidung hat das Reichs-Versicherungsamt gefaßt. Der Weblascher Schwert vermochte nicht ohne fremde Hilfe mit seinem schwerbeladenen Wagen eine steile Straße in Rixdorf hinaufzukommen. Verschiedene Personen machten sich daran, ihm zu helfen. Auch der Arbeiter P., der eben von der Arbeit kam und nach Hause wollte, griff zu. Er packte am Hinterrad an, während andre die Vorderäder zu drehen versuchten. Da die Pferde nicht anzogen, rollte jedoch der Wagen zunächst statt nach vorn, rückwärts. P. kam zu Fall, ein Rad ging über ihn hinweg, und bereits am nächsten Tage verstarb der Bedauerndwerte. — Für die Witwe und die Kinder beantragte demnach der Vormund der legeren, Herr August Härtel, eine Unfallrente bei der Fuhrwerks-Versicherungsgenossenschaft, bei welcher der Betrieb des Fuhrherrn, dem der Wagen gehört, versichert ist. Diese lehnte indessen jede Entschädigung ab und bestritt das Vorliegen eines von ihr zu entschädigenden Betriebsunfalles, weil der Verstorbenen kein Arbeiter des Fuhrherrn gewesen und auch nicht durch die Hilfeleistung in dessen Betrieb eingetreten sei. Das Schiedsgericht, bei dem Berufung eingelegt wurde, verurteilte jedoch die Versicherungsgenossenschaft zur Rentezahlung und das Reichs-Versicherungsamt als Rekursinstanz bestätigte die Entscheidung des Schiedsgerichts.

Das Reichs-Versicherungsamt ging von folgenden Erwägungen aus: Unzweifelhaft habe sich der Ausfall in einer Kollage befunden, so daß die Hilfeleistung fremder Personen erforderlich gewesen sei, den Wagen in Gang zu bringen. Unerheblich sei der Einwand der Versicherungsgenossenschaft, daß der Verstorbenen nicht von dem Ausfaller eine Hilfe geboten worden sei. Hieraus könne die Versicherungsgenossenschaft nicht den Schluß ziehen, daß P. durch die Hilfeleistung nicht in den Betrieb des Fuhrherrn übergetreten sei. Nach Ansicht des Reichs-Versicherungsamts müsse auch bei ganz vorübergehender Hilfeleistung fremder Arbeiter ein Uebertritt in den fraglichen Betrieb dann angenommen werden, wenn nach der Sachlage die geleistete Hilfe als ein dem mutmaßlichen Willen des abwesenden Unternehmers entsprechendes, für dessen Betrieb förderliches Eingreifen angesehen werden konnte, insbesondere, wenn ein augenblicklicher Nothstand das Eingreifen erforderlich gemacht habe. Alle diese Voraussetzungen seien hier gegeben. Wie das Schiedsgericht schon ausgesprochen habe, sei z. B. das Eingreifen der Passanten dem Fuhrherrn insofern zu staten gekommen, als dadurch der Wagen wieder in Gang gebracht, der Ausfaller zur Erledigung seines Auftrages in Stand gesetzt und eine Gefahr für das Fuhrwerk und die Ladung verhütet wurde. Daß hierbei der Verstorbenen infolge seines Sturzes selber nicht mehr helfen konnte, hindere nicht, ihn als im Betriebe beschäftigt anzusehen. Auch könne die Versicherungsgenossenschaft nicht einwenden, daß infolge des Sturzes von 6 bis 7 Leuten schon genügende Hilfe vorhanden gewesen sei, als der Verstorbenen kam, denn der Nothstand sei ja noch nicht beseitigt gewesen. Somit rechtfertige sich die Verurteilung der Versicherungsgenossenschaft.

Versammlungen.

Der Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Holzindustrie. Die Zahlreiche Berlin des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab, um über die weitere Stellungnahme zum Innungsnachweis zu beschließen. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht; Kellers großer Saal samt den Galerien war bis auf den letzten Platz besetzt. Unmittelbar vorher hatte sich eine Versammlung der Vertrauensmänner sämtlicher Bezirke und Branchen mit derselben Frage beschäftigt, die Beschlußfassung jedoch der Generalversammlung überlassen. G ü t h

machte namens der Verwaltung der Generalversammlung folgende Vorschläge: Der Kampf ist in der bisherigen Weise fortzuführen; der Vertrag wird obligatorisch auf 60 Pf. festgesetzt, die Arbeitslosen-Unterstützung um 2 M. herabgesetzt; die ledigen arbeitslosen Kollegen werden veranlaßt, abzureisen, um das Ueberangebot von Arbeitskräften zu vermindern. — Hieran knüpfte sich eine lebhafte Debatte. Nach Schluß derselben erklärte sich die Versammlung mit der bisher gegen den Innungsnachweis und die Entlassungsscheine angewandten Taktik einverstanden und beschloß, den Nachweis auch ferner zu meiden und die Entlassungsscheine zurückzuweisen. Ferner wurde mit großer Majorität beschlossen, den Beitrag auf 60 Pf. obligatorisch festzusetzen. Dieser Beschluß muß jedoch erst durch eine Urabstimmung bestätigt werden bis dahin bleibt neben dem Verbandsbeitrag der Extrabeitrag von 50 Pf. bestehen. Die Herabsetzung der Arbeitslosen-Unterstützung wurde abgelehnt. Der Antrag, daß die ledigen Arbeitslosen Berlin zu verlassen haben, wurde mit großer Majorität angenommen. Von diesem Beschluß werden ca. 250 Arbeitslose betroffen.

Die in der Versammlung vorgenommene Wahl des Ausschusses hatte folgendes Ergebnis. Es erhielten: Rob. Schmidt 1134 Stimmen, Monien 1015, Arens 1009, Boeske 1003, Krudt 989, Erner 987, Matthes 973, Hoffmann 879 und Raetebusch 814. Die übrigen Vorschlagskandidaten erhielten weniger Stimmen, und sind mithin die neu genannten Mitglieder in den Ausschuss gewählt.

Eine öffentliche Maurerversammlung, die vom Vorstand der Lokalorganisation am 2. Juli nach den Germaniafällen einberufen und von etwa 1800 Personen besucht war, beschäftigte sich mit der Frage, wie die günstige Konjunktur im Baugewerbe auszunutzen sei. Der Referent Gehl erörterte die Notwendigkeit einer Erhöhung des Stundenlohnes für die Maurer und meinte, daß die augenblickliche, sehr gute Baukonjunktur an sich durchaus geeignet wäre, die schon einmal gestellte Forderung eines Stundenlohnes von 70 Pfennigen neu zu erheben und durchzuführen, zumal auf 106 von 950 Bauten in Berlin bereits mehr als 65 Pf. gezahlt würden. Ausgehend von dieser Erwägung habe sich der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und Umgebung in einem Schreiben an die Berliner Verbandsleitung gewandt, und zwar lediglich um Gewißheit über die Haltung des Verbandes für den Fall zu erhalten, daß ein Kampf von den Anhängern der Lokalorganisation, die nicht wie der Verband durch Vertrag gebunden seien, begonnen werden sollte, zu dem Schreiben, das die Verbandmitglieder nicht zum Vertragsbruch auffordere, sei (nach einigen allgemeinen Anknüpfungen) gesagt: „Wir richten nun an Euch die Frage, ob Ihr unsern eventuellen Vorgehen entgegenzutreten werdet oder nicht?“ Die Verbandsleitung habe geantwortet, daß der Verband sich nicht auf leichtfertige Experimente einlassen könne und daß ein Lohnkampf jetzt das Ende des Vertrages mit dem Arbeitgeberbund bedeuten würde, da für den Herbst ein Rückgang der Bauhätigkeit zu befürchten sei. Nach der vertragslosen Zeit lehnte sich der Verband nicht zurück und lehnte deshalb seine Unterstützung ab. — Nunmehr habe der Vorstand der Lokalorganisation sich noch einmal an die Verbandsleitung gewandt und hauptsächlich betont, daß man ja nur gefragt habe, ob der Verband einem Vorgehen der Lokalorganisation entgegenzutreten werde. Es würde weiter nichts vom Verbandsverlangt, als daß er neutral bleibe, wenn er nicht helfen wolle. Redner besprach dann die Stellungnahme des Verbandes in der Generalversammlung vom 1. Juli und meinte, die Frage sei jetzt, ob man trotz des Beschlusses der Verbandsversammlung in eine Bewegung eintreten solle.

Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in welcher die meisten Redner den Verbandsbeschlüssen mißbilligten. Verschiedene Redner traten dafür ein, daß wenigstens liberal da, wo in der Beziehung Einstimmigkeit unter den Kollegen auf den Bauten herrsche, der Stundenlohn von 70 Pfennig gefordert und dafür eventuell durch Streik eingetrieben werde. — Nach 4½ Stunden, während derer ein Streikbeschlus und rechtsfertige den Beschluß des Verbandes damit, daß die jetzt stark organisierten Arbeitgeber es beim Streik auf eine Wachtprobe aufkommen lassen würden. Nachdem noch verschiedene Redner ihren Standpunkt vertreten hatten, wurde der oben erwähnte Vorschlag mit sehr großer Majorität abgelehnt und gegen 10 Stimmen eine Resolution angenommen, in der u. a. gesagt wird:

Die Versammlung erkennt das Vorgehen des Vorstandes des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und Umgebung in Bezug auf den 70 Pfennig-Stundenlohn als durchwegs zeitgemäß und für die gesamte Maurerschaft Berlins und der Vororte notwendig an. Sie ist der Ansicht, daß augenblicklich trotz der äußerst günstigen Konjunktur, und obwohl die Zeit zur Eringung eines solchen Stundenlohnes günstig wäre, ein durchgreifender Erfolg des Kampfes deshalb nicht zu erwarten wäre, weil die erforderliche Eingetret durch den Beschluß des Centralverbandes stark heinrichlich ist und demzufolge der Lohnkampf von nur etwa der Hälfte der in Berlin anwesenden Maurer geführt werden könnte. Auf Grund dieser Rücksicht beschließen die Versammelten, in der jetzigen Zeit von einem Lohnkampf abzusehen.

Sonntagsruhe im Handeltsgewerbe. Am Dienstag fand im Charlottenburger Volkshaus eine öffentliche Versammlung, einberufen vom Centralverband der Handlungsgeschäften und Geschäftsleute Deutschlands und vom Centralverband der Handels-Hilfsarbeiter, statt. Die auf bewachte Versammlung nahm das Referat des Reichstags-Abgeordneten Rasenow über „Jeden Jahre Kampf um die Sonntagsruhe“ mit Beifall entgegen. An das Referat schloß sich eine Diskussion im Sinne des Referenten an. Die vom Referenten vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Aus Neuruppin wird uns geschrieben: Am Sonntag lagte in unserm Nachbarstädtchen Altruppin nach langer Zeit eine öffentliche Versammlung und zwar unter freiem Himmel. Trotz der großen Hitze waren ca. 220 Personen, Männer und Frauen, erschienen. Der Reichstagskandidat des Wahlkreises, Kiebitz-Berlin, hielt einen Vortrag über die Volkstags-Vorlage zum Schluß wurde eine Resolution, die sich energisch gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle wandte, angenommen.

Der Verein Berliner Dienstherrschaften und Dienstangehörigen. Schöneberg-Berlin, Dolgenriederstraße 11 I, hält am 8. Juli, abends 8½ Uhr eine öffentliche Versammlung ab in den Kugeln Victoria-Sälen, Luisenstraße, in der Herr Dr. Tischbenderler sprechen wird über: „Verretende Dienstherrschaften und zurückblühende Dienstherrschaften.“

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält am Montag, den 7. Juli, abends 8½ Uhr, in den Kranichstraße, Kommandantenstraße 20, eine Generalversammlung ab. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet Der Vorstand.

Vermischtes.

Großes Unwetter ging gestern in der Stadt Judenburg (Steiermark) nieder. Die Wassermassen setzten die ganze Stadt in wenigen Minuten unter Wasser. Viele Häuser drohen einzustürzen, zahlreiche Wälder wurden weggerissen. In der Umgebung der Stadt wurde ein Bauernhaus samt seinen Bewohnern, bestehend aus einem Ehepaar und einem Kinde, vom Wildbach weggeschwemmt, nur der Bauer konnte sich retten. Weiter sind mehrere Schaarbeiter ertrunken und eine auf freiem Felde arbeitende Frau wurde vom Blitz erschlagen.

Erlauchte Krönungsveranlassungen. In dem Gefolge des frommen österreichischen Thronfolgers, der zur Krönung nach London gekommen war, befand sich auch der Prinz Franz Joseph von Wraganza, ein 23-jähriger österreichischer Offizier. Dieser hohe Herr glaubte nun im Sinne des Königs die Krönung nicht würdiger und patriotischer vorbereiten zu können als indem er in eine besüchtigte Kneipe des Londoner Ostens wanderte und dort mit jungen

Durch die Krönung in einer vom Gesetz verbotenen Weise feierte. Der Prinz wurde von Polizeibeamten auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Die Beamten brachten ihn ins Gefängnis und vor Gericht hatte er sich vor dem Polizeigericht in Southwark gemeinsam mit Leuten zu verantworten, von denen einer 24 Jahre, der andre erst 17 und der dritte erst 15 Jahre zählt. Die Verhandlung wurde Mittwoch auf eine Woche vertagt und der Richter entließ den Prinzen, nachdem dieser eine hohe Bürgschaft hinterlegt hatte. Es heißt, die Verteidigung laufe darauf hinaus, daß der mit der Deposition zur Krönung hergekommene Prinz in betrunkenem oder delirantem Zustande in ein Haus in dem berühmtesten Londoner Stadtteil Southwark gelockt, daß dort ein Erpressungsversuch gemacht und infolge Widerstandes ein Skandal entstanden sei, wobei die Angeklagten dann verhaftet wurden.

Hebung von Bauwerken. Ueber einen merkwürdigen Fortschritt im Bauwesen wird den „N. N.“ aus Stuttgart geschrieben: Gegenwärtig wird ein Verfahren erprobt, das bisher fast als unmöglich galt oder dessen Gelingen zum mindesten stark angezweifelt wurde. Es handelt sich um die Hebung von Gebäuden jeder Bauart und Größe. Der Erfinder des Verfahrens ist Baumeister E. Rüdiger in Stuttgart, der in der letzten Zeit verschiedene Wohnhäuser, wie in Böblingen, Kammstatt, Pfinggen, Mariagelb usw. und vor einigen Tagen ein Haus in Wilddorf gehoben hat. Das Haus sollte zur Unterbauung eines Wasserkraftwerkes um 1,45 Meter gehoben werden. 32 Hebmächinen (die Maschine ist in sämtlichen Kulturstaaten patentiert), deren zierlichen Bau niemand die ungeheure Tragfähigkeit von annähernd 60 000 Kilo zutrauen würde, und zehn Zahnstangenwinden mit 10 000 Kilo Tragkraft wurden angewendet, um unter kreuzweis verlaufenden Balkenwerk die etwa 250 000 Kilo schwere Last 1,45 Meter hoch zu heben, damit sofort das Erdgeschoss, das Leben enthalten soll, untergebaut werden kann. Nach 2 1/2 Stunden hatte man das Haus bereits um 70 Centimeter gehoben und gegen 10 Uhr war die gewünschte Höhe, 1,45 Meter, nach achtmaligem Ansetzen der Maschinen zu je etwa 20 Centimeter, erreicht. Die Hauptschwierigkeit war die Seitwärtsbewegung, um von dem angebauten Nebenhause wegzukommen. Besondere Erwähnung verdient noch, daß während der Hebung im Hause selbst stot Klavier gespielt wurde, was unter den zahlreichen Zuschauern große Heiterkeit hervorrief. Die Hebumarbeiten selbst, samt den Vorbereitungsarbeiten für die Sicherheit des Gebäudes, nahmen nur drei Tage in Anspruch. Es waren während der Ausführung derartige Vorsichtsmaßnahmen getroffen, daß jedes Bedenken vollständig ausgeschlossen war. Das merkwürdigste ist, daß das Gebäude die ganze Zeit bewohnt blieb, und daß sich nicht einmal an den Fenstern eine Schädigung durch die Hebung erkennen läßt. Unstreitig ist die Rüdiger'sche Erfindung, wenn sie sich auch fernerhin bewährt, als ein bedeutender Fortschritt zu begrüßen. In Amerika ist bekanntlich das Fortbewegen von Häusern, ja von ganzen Straßen, bereits Jahrzehnte alt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

77. 1. Wenn Sie die betreffenden Kautschumpapiere verkaufen wollen, wenden Sie sich am besten an ein Bankgeschäft. Den Tageskurs erleben Sie aus dem Kurszettel. 2. Rein, die Linsen werden nicht pro Tag berechnet. Der Preis versteht sich mit nachträglichen Coupons.

Marin G.-ge. Die Detailpreise der genannten Waren in den nordamerikanischen Städten können wir nicht angeben. Die Angaben der Marktsituations- und die Marktnotierungen beziehen sich auf Großhandelspreise.

H. B. 21. Zur Kammerjungfer werden Sie im Letzterverein, Königgräberstr. 90, ausgebildet. Hier dauert der Lehrling sechs Monate und kostet 150 M. Obenfalls unterhält die Berliner Heilanstalt, Wilhelmstr. 106, einen Lehrkurs für Jungfrauen und Stubenmädchen. Ein Kursus von 3 Monaten kostet 35 Mark. Lehrlinge von 9-12 und 2-4 Uhr.

Rassenkur. Antike Kurse der Rasse usw. werden im Polizeigebäude (C. Alexanderplatz) abgehalten. Sie erfahren dort auch Näheres über die Zeit und den Preis usw.

Rappenstraße. Diese Durchfahrt sollten Sie dem in Betracht kommenden Rappen doch nicht zutrauen.

27. Das Naturhistorien-Museum macht man nach Abschließung der Oberprima einer höheren Lehranstalt; das „Einschuligen-Framen“ bereits nach dem erfolgreichen Besuch der Untersekunda.

3. W. Verjährung tritt erst in 30 Jahren nach der letzten rechtlichen Pfändung ein. Der Vormund beantragt (ohne neue Klage) einen Gerichtsbescheid mit Beseitigung der Pfändung. — **R. K. 222.** Da es in Ihrem Beitrage unklar ist, eine genauere Vorschrift zu treffen, so würde die Entscheidung nach dem und Glauben zu treffen sein. Als Beteiligte würde demnach eine Aufseherin von etwa 1000-1500 Mark erachtet werden. — **P. 2. 17.** 1. und 2. Ja. — **G. D. Meierstr. 19.** Durch Nachfrage auf dem zuständigen Amt. — **Carl 112.** 1. und 2. Rein. 3. Ja. — **H. W. 1.** Der Wert ist im Unrecht. Fordern Sie ihn schriftlich auf, anzuerkennen, daß Ihr Beitrag bis zum 31. März läuft; eventuell verlangen Sie ihn. — **H. W.** Ihren Antrag auf Lösung eines Heuges oder Sachverhältnisses hätten Sie unter Darlegung, was der Betreffende betunden oder zugestanden soll, an das Gericht (nicht an die Staatsanwaltschaft) zu richten. — **G. B. 37.** 1. und 2. Ja. 3. Rein. — **S. T. Ja.**

R. S. Rathenow. Derartige Brauereiklagen sind zweifelsfrei. Es würde gewaltsame Räumung erfolgen können. Der Widerstand dagegen kann zu einem Strafverfahren werden. — **R. G. W.** Ja in dem Beitrage eine Räumungsbefehl von drei Monaten und drei Tagen vereinbart, so ist die dem Gehilfen bis am 27. Juni zugegangene Kündigung rechtsgültig. Unrechtmäßig ist es, ob er die Kündigung annimmt, die Annahme des Briefes demgegenüber oder ob der Brief wegen seiner Abwesenheit erst verspätet abgegeben werden kann. — **Peter J.** Kontrahentverwalter ist kein besonderer Beruf. Zum Kontrahentverwalter kann das Gericht von Fall zu Fall ernennen, wenn es will. In mehreren Orten werden häufig Rechtsanwalte dazu ernannt. Eine besondere Vorbildung für einen Kontrahentverwalter gibt es nicht. Zweckmäßig sind kaufmännische und juristische Kenntnisse. — **W. Ja.**

Zwei Streitende. Vom Standpunkte der Partei sollten Sie nur Leute berücksichtigen, die den Tarif anerkannt haben. — **H. S.** Wir haben keine Verbindung, um behaupten zu können, daß Sie besser behandelt wird als andere. Von einer schlechteren Behandlung kann gar keine Rede sein. — **H. K. 48.** Sie müssen sich mit einem dahingehenden Antrag an das Bezirkskommando wenden. — **H. R.** In Berlin besteht keine Schule für das Bierereigewerbe.

W. Irrgang. Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands, Vorsitzender Gustav Bauer, Berlin, Rosenfelderstr. 37. — Centralverband der Handlungsgehilfen und -Kaufleute Deutschlands, Vorsitzender Max Josephson, Hamburg, Valentinsdamm 92.

H. R. 3. Ueber 13 Wochen hinaus unterläßt die Krankenkasse nicht. Die Unterbringung in eine Vagabundenanstalt ist bei der Invaliditätsanstalt zu beantragen. Die Frau erhält eine kleine Unterstützung. — **W. 50.** Der Wechsel muß mittels besonderer Klage eingeklagt werden. Bis zu Beträgen von 300 Mark ist ein Anwaltszwang nicht vorgeschrieben. — **H. W. 77.** 1. Rein. 2. Ja. — **Pantow 68.** 1. und 2. Ja. — **H. S. 8.** Eine Klage würde nicht erfolgen, Anträge wären also nutzlos. — **G. Koefer.** Die Kündigung ist berechtigt. — **G. W. 100.** Sie sind verpflichtet, dem Verwalter mit dem Mietbesitzer den Zutritt zu gestatten. — **G. 2. 100.** Die Klage wird voraussichtlich abgewiesen werden. Ein Vater leistet für den von seinem minderjährigen Sohn angerichteten Schaden nicht, wenn er seiner Aufsichtspflicht nachgekommen ist oder der Schaden aus bei geschäftlicher Aufsichtspflicht entstanden wäre. Wenn gleichzeitig zwei Klagen stellen und von der Spieler zur Schlichterei übergeben, so ist eine Schadenersatzklage seitens des bei der Schlichterei schlicht fortgenommenen Angreifers ausgeschlossen. — **W. T. 80.** Rein.

Eingegangene Druckschriften.

Die soziale Revolution. Von Karl Kautsky. I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution. Zwei Broschüren, die fordern unter diesem gemeinsamen Titel im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Deutschland, 2, erschienen sind, werden das Interesse weiterer Parteifreunde erregen. Beide Schriften hängen innerlich miteinander zusammen, aber jede einzelne bildet ein für sich abgeschlossenes selbständiges Ganzes.

Die erste Schrift: **Sozialreform und soziale Revolution** (56 Seiten, 40 Pf.) behandelt den Begriff der sozialen Revolution, welche aus untreuen Wörtern zu sprechen ja unzulänglich beantragt wurde. Sie unterliegt für diesen, ihre Wandlungen, die Wandlungen der Klassen in der jüngsten Zeit und erörtert die Frage, ob diese Wandlungen die Revolutionen künftighin unmöglich oder unendlich machen oder nur einen neuen Typus einer sozialen Revolution vorbereiten.

Die zweite Schrift: **Am Tage nach der sozialen Revolution** (48 Seiten, 30 Pf.) unterteilt die Aufgaben, die dem Proletariat aus der Eroberung der politischen Macht erwachsen, die Schwierigkeiten, die daraus entspringen, und die Hilfsmittel, die ihm zu ihrer Lebensbindung zu Gebote stehen. Es ist keine wählige Utopie, mit die es sich dabei handelt, sondern um eine propagandistisch höchst bedeutsame Sache.

Kautsky geht in diesen Schriften von dem Gedanken aus: Eine Partei kann wie ihre volle Kraft entfalten, wenn sie nicht die feste Ueberzeugung in sich trägt, daß sie im Grunde ist, nicht bloß zu siegen, sondern auch die Aufgaben zu lösen, die ihr aus ihrem Siege entspringen. Eine klare Erkenntnis dieser Aufgaben der Zukunft giebt aber auch eine Richtschnur für die Aufgaben der Gegenwart. Das Ergebnis, zu dem Kautsky kommt, behältig

auch, daß diese und jene sich in der gleichen Richtung bewegen. Die eine wie die andere sind wesentlich Aufgaben der Organisation.

Wer also in den Streitfragen, die längst die Partei beschäftigt haben und die in dieser und jener Einzelfrage immer wieder auf die Tagesordnung gelangen werden, zu einem klaren Urteil gelangen will, muß diese Kautsky'schen Schriften, die sich durch klare, gemeinverständliche Darstellungsweise auszeichnen, lesen und studieren. Wir können sie unseren Lesern bestens empfehlen.

Kulturprobleme der Gegenwart. Herausgegeben von Leo Berg (Berlin, Joh. Köbe). Es erscheinen im Laufe des Jahres 6-8 Bände. Jeder Band bildet ein in sich abgeschlossenes Werk. Man abonniert auf eine Folge von 8 Bänden zum Preise von 2,00 M. für jeden Band. Der Einzelpreis jedes Bandes beträgt 2,50 M. Gebundene Exemplare kosten 50 Pf. mehr. — Band I: Die Klasse in ihrer kulturellen Bedeutung von Professor Dr. Thomas W. 2,50 M. — Band II: Die Bodenreform. Grundriss und Geschichtliches von Adolf Damache, Vorsitzender des Bundes der deutschen Bodenreformer. 2,50 M. — Band III: Wir und die Humanität von Professor Wilfried Raab. 2,50 M.

Deutschland am Scheidewege. Ein letztes Wort zur wirtschaftlichen Klärung von Heinrich Feder. Verlag bei Gottl. Schmidt, Neudamm. Preis 0,50 M.

Christentum, Arbeiterschaft und soziale Frage. Von Otto Pantenburg, Arbeitsekretär in Bern. Basel 1902. Friedrich Reinhardt.

Die Alkoholfrage. Ein Vortrag von Dr. med. G. Bunge, ordentl. Professor an der Universität Basel. Basel, Fr. Reinhard, Buchdrucker. Preis 0,50 M.

II. Wahlkreis. Partei-Versammlung

Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saale der Bod-Brauerei am Tempelhofer Berg. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ströbel. 2. Diskussion. 3. Die Errichtung einer Partei-Expedition für den II. Wahlkreis. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Sitzung der Orts-Verwaltung. Die Kollegen, welche noch Bücher aus der Verbandsbibliothek in Händen haben, werden ersucht, dieselben umgehend auf dem Bureau abzuliefern. 85/14

Achtung! Einseker. Achtung!

Sonntag, 6. Juli, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Große öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Mängel und Schäden unserer Branche und wie sich dieselben zu bessern? Referent Franz Kurkowski. 2. Diskussion. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Branche der Jalouste-Arbeiter.

Mittwoch, den 9. Juli, abends 9 Uhr, bei Ladevic, Rammantelstr. 65: Sitzung der Werkstatt-Kontrollkommission. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Freitag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Dräfels Festjalen, Neue Friedrichstraße 35: Große Mitglieder-Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins u. Umg. Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Verbands der Baugeschäfte und unter Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. Jeder Streikende ist verpflichtet, seine Streikliste am Eingange des Saales vorzulegen, widrigenfalls er kein Streikgeld verliert. 3. Die Lohnkommission. 3. U. S. Morgen. 31/2

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin III.) Sonntag, 6. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Rose, Badstr. 58: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Wehner über: Welches Recht für alle. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Kassierers. 4. Beschlüssen. Wegen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung. 42/19

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. - Zahlstelle Berlin I.

Sonntag, den 6. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, in Graumanns Festjalen, Rannysstraße 27: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1902. 2. Allgemeines aus der Gewerkschaftsbewegung. Referent Genosse Wiesenthal. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung. 42/18

Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Sonntag, 6. Juli, vorm. 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Kasensbericht und Bericht der Revisoren. 2. Revisorenwahl der Revisoren. 3. Mitgliedsliste legitimiert. Mitglieder werden aufgenommen. Beiträge werden nur zwischen 1/10-11 Uhr angenommen. Am 14. Juli findet eine Krempelpartie mit Musik nach Blumendörfel (Schauinsel) statt. Blüts sind in den Arbeitsnachweisen a 1 M., Kinder von 10-14 Jahren a 50 Pf. zu haben. 33/13 Der Vorstand.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend. Sonntag, den 13. Juli 1902, in Eberswalde: Provinzial-Sängerfest. Der Organisations des Sängerbundes, Verein „Eintracht II“, empfiehlt allen Sängern, die Partie mitzumachen, da das Fest im schönen Teile von Eberswalde, beim romantischen Wasserfall im herrlichen Buchenwalde, stattfindet. Kaffeeküche zur Verfügung. Glas Bier 10 Pf. 16/12 Das Komitee.

Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft Berlin O., Frankfurter Allee 53. Telephon Amt VII 2645.

Wir verkaufen nach wie vor in unseren circa 80 eigenen Ausfahrschlägen, welche unter unserer eigenen Verwaltung stehen, unsere aus den feinsten Rohmaterialien hergestellten, stets frischen und gut gekühlten Biere:

- 1/2 Liter helles zu 10 Pf.
- 1/4 Liter Lagerbier „ 5 Pf.
- Münchener u. 4/10 Ltr. 10 Pf.
- Pilsener Art 2/10 Ltr. 5 Pf.
- 1 gr. Weisse 15 Pf., 1 kl. Weisse 8 Pf.

Flaschenbiere

- für M. 1,50 frei Haus:
- 15 Fl. (ca. 1/2 Ltr.) Helles Lagerbier.
 - 18 Fl. (ca. 4/10 Ltr.) Pilsener und Münchener Art
 - 15 Fl. (ca. 4/10 Ltr.) Helles Lagerbier.
 - 15 Fl. (ca. 4/10 Ltr.) Pilsener und Münchener Art
 - 20 kl. Weissen (gelb Etikett).
 - 15 kl. Tafel-Weissen (weiss Etikett).
 - 15 Flaschen Malzbier.
 - 20 Flaschen Weizenbier.

Zum Selbst-Abziehen:

- 1 To. Weissbier 1,75 M.
- 1 16 " " 0,90 "
- 1 8 " Werdersch-Malz 2,50 "
- 1 16 " " 1,25 "
- 1 16 " Braunbier . . . 0,90 "

oder Weissbier, Braunbier à Lit. 10 Pf., Malzbier à Liter 15 Pf. in der Brauerei, Frankfurter Allee 53, und in den Jungbier-Verkäufen:

Berlin N: Wörtherstraße 38, Ramlersstraße 5, Uedomsstraße 8, Zornglstraße 41, Müllerstraße 25a. O: Grüner Weg 60. SO: Schmidtstraße 39. S: Dredenerstraße 114, Pringstraße 103, Gölzstraße 12. SW: Dagebergstraße 18. NW: Turmsstraße 66, Rübenerstraße 7. Friedrichsberg: Frankfurter Chaussee 104. Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 119. Bestellungen auf Flaschen- und Fäßbiere erötten per Post nach Frankfurter Allee 53. 45622*

Witterungsübersicht vom 3. Juli 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (°C)	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (°C)
Schwetzingen	764	SW	5	heiter	15	Saparanda	756	SW	2	kl. bed.	10
Hamburg	767	N	3	wolkig	13	Bretzenburg	762	SW	1	bedekt	11
Berlin	766	SW	4	heiter	12	Korf	767	SW	2	bedekt	10
Frankf. M.	770	SW	2	wolkig	12	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	770	SW	2	kl. bed.	12	Paris	770	SW	1	wolkig	12
Wien	766	SW	3	heiter	13						

Wetter-Prognose für Freitag, den 4. Juli 1902.
Nachts noch kühl, am Tage wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

